

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt

NR. 2
JUNI 2005
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

www.deza.admin.ch



Südkaucasus: Die neuen, unabhängig gewordenen Staaten stehen vor riesigen Herausforderungen

Bangladesch: Starke Nichtregierungsorganisationen, schwache Politik, riesige Korruption

Kontroverse: «Fragile Staaten» und die Suche danach, wie ihnen effizienter und nachhaltiger geholfen werden kann

DOSSIER



SÜDKAUKASUS

Unabhängigkeits-Blues im südlichen Kaukasus

Wie kaum eine Region der Erde ist der Kaukasus von Kontrasten geprägt – ethnisch, geopolitisch, klimatisch oder sprachlich

6

Ein kleiner Lichtblick am Horizont

Ghia Nodia vom Caucasus Institute for Peace, Democracy and Development im Interview

12

Die Suche nach dem neuen Selbstverständnis

Medien und Filmschaffen spielen eine tragende Rolle bei der Identitätsfindung

14

Inhalt

Atem raubendes Santiago

In Chiles Hauptstadt erhalten die öffentlichen Busse mit Unterstützung der DEZA Partikelfilter

24

FORUM



Wie zusammenarbeiten, wenn die Staatsmacht fehlt?

Weltweit sucht man nach neue Konzepten und Strategien, um in «fragilen Staaten» effizienter und nachhaltiger helfen zu können

26

Frauen sei Dank

Die senegalesische Schriftstellerin Ken Bugul über Afrikas Frauen

29

HORIZONTE



«GOLDENES BENGALEN» -

Fata Morgana oder Realität von Morgen?

Trotz riesiger Fortschritte gehört Bangladesch noch immer zu den ärmsten Ländern der Welt

16

Von den Armen lernen

Shaikh Maqsood Ali über Armutsbekämpfung in seiner Heimat

20

DEZA

Was ist richtig?

DEZA-Direktor Walter Fust über die Frage, was richtig ist in der Entwicklungszusammenarbeit

21

Lokale Warnsysteme mit globalem Hintergrund

Einfachere und billigere Warn- und Präventionstechniken können Tausende von Menschenleben retten

22

KULTUR



Zwischen Turbo-Folk und Laptop

In Südosteuropa gibt es eine dynamische, vielfältige und überraschende Musikszene zu entdecken

30

Editorial	3
Periskop	4
Einblick DEZA	25
Was eigentlich ist... Pro Poor Growth?	25
Service	33
Impressum	35

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.



Vom Tsunami zum Millenniumsgipfel M+5

Und plötzlich ist möglich, was vorher undenkbar war. Die Tsunami-Katastrophe von Ende letzten Jahres hat die Welt zuerst geschockt, dann aufgerüttelt und schliesslich – das erfreulichste am Ganzen – zusammen gerückt. In der Schweiz und vielen anderen Ländern haben die Bevölkerungen in nie gekannter Spendenbereitschaft auf die Katastrophe reagiert, Regierungen in aller Welt sandten Direkthilfe und sicherten der UNO Milliardenbeträge zu.

Warum gerade dieses Seebeben weltweit eine solche Dynamik und Grosszügigkeit ausgelöst hat, darüber gehen die Interpretationen weit auseinander. Es spendet sich leichter, wenn es ausser der Natur keine Schuldigen gibt, sagen die einen. Es ist der Beginn einer Art «globalisierter Solidarität» meinen andere. Fast jedes so genannt entwickelte Land hat tote Landsleute zu beklagen, was zeigt, dass es praktisch jeden und jede von uns treffen kann, sagen wiederum andere.

Was auch immer die genauen Gründe für die weltweit einmalige Spendenaktion und Unterstützung sein mögen, unbestritten ist: Noch nie vorher gab es weltweit eine solche Solidarität mit einer unterentwickelten Region, und noch nie vorher war man sich weltweit so einig darüber, dass die Armut das grösste Problem der Gegenwart ist.

Auf diesen Tatsachen lässt sich aufbauen. Gewisse Anzeichen deuten denn auch daraufhin, dass die Weltgemeinschaft durchaus bereit sein könnte, künftig in der Armutsbekämpfung vermehrt Nägel mit

Köpfen zu machen: Nur Tage nach der Tsunami-Katastrophe erklärten die Mächtigen und Reichen unserer Welt am WEF in Davos die Armut als die grösste Herausforderung für die Weltgemeinschaft.

Und der nächste Termin, bei dem die weltweite Armut im Schweinwerferlicht stehen wird, steht schon vor der Tür: Im September werden sich alle Staaten – Entwicklungsländer wie Geberländer – in New York zum UNO-Millenniumsgipfel M+5 versammeln. Dort werden sie – inklusive die Schweiz – auf den Tisch legen, ob und wie sie ihre im Jahr 2000 abgegebenen Verpflichtungen mit dem Ziel, die Armut bis ins Jahr 2015 zu halbieren, eingelöst haben.

Dass der Weg zu einer Welt mit substanziell weniger Armut noch weit ist, ist allen Interessierten klar. Auch gewiss ist, dass auf dem Weg dorthin immer komplexere und schwierigere Fragestellungen auftauchen. Dementsprechend kontrovers wird über deren Lösung – unter anderem auch innerhalb der DEZA – debattiert. Wie etwa soll der Teufelskreis aus Armut, Unsicherheit und Gewalt, in den sich immer mehr Entwicklungsländer verstricken, durchbrochen werden? Und wie kann solch so genannt «fragilen Staaten» künftig effizienter und nachhaltiger geholfen werden? Lesen Sie dazu unseren Artikel «Wie zusammenarbeiten, wenn die Staatsmacht fehlt?» ab Seite 26.

Harry Sivec
Chef Medien und Kommunikation DEZA



Jörg Bohling / agenda

Lebensfördernde Frauengespräche

(bf) Weltweit sterben jährlich acht Millionen Bébés bevor sie einen Monat alt sind – 98 Prozent davon in Entwicklungsländern. Nun hat eine wissenschaftlich durchgeführte Untersuchung in Nepal ergeben, dass Millionen von Kindern überleben könnten, wenn lokale Frauengruppen vermehrt in die Mütterberatung einbezogen würden. Während einer bestimmten Zeitdauer erhielten in ausgesuchten Gemeinden Frauen die Möglichkeit, gesundheitliche Probleme zu Schwangerschaft und Geburt in einer Frauengruppe zu diskutieren. Das Resultat: Während dieser Zeit fiel die Rate der Todesfälle unter Neugeborenen um einen Drittel. Zur Überraschung der Forscherinnen und Forscher sank gleichzeitig die Rate des Muttertods im Kindbett beträchtlich.

Tücher statt Särge

(jls) An die 90000 Menschen sind allein im Jahr 2003 in Sambia an Aids gestorben. Die Sargtischler arbeiten pausenlos, und in allen Städten des Landes sind in der Umgebung der Leichenhallen behelfsmässige Sargwerkstätten entstanden. Die Nachfrage ist so gross, dass die Tischler oder ihre Holzliefe-

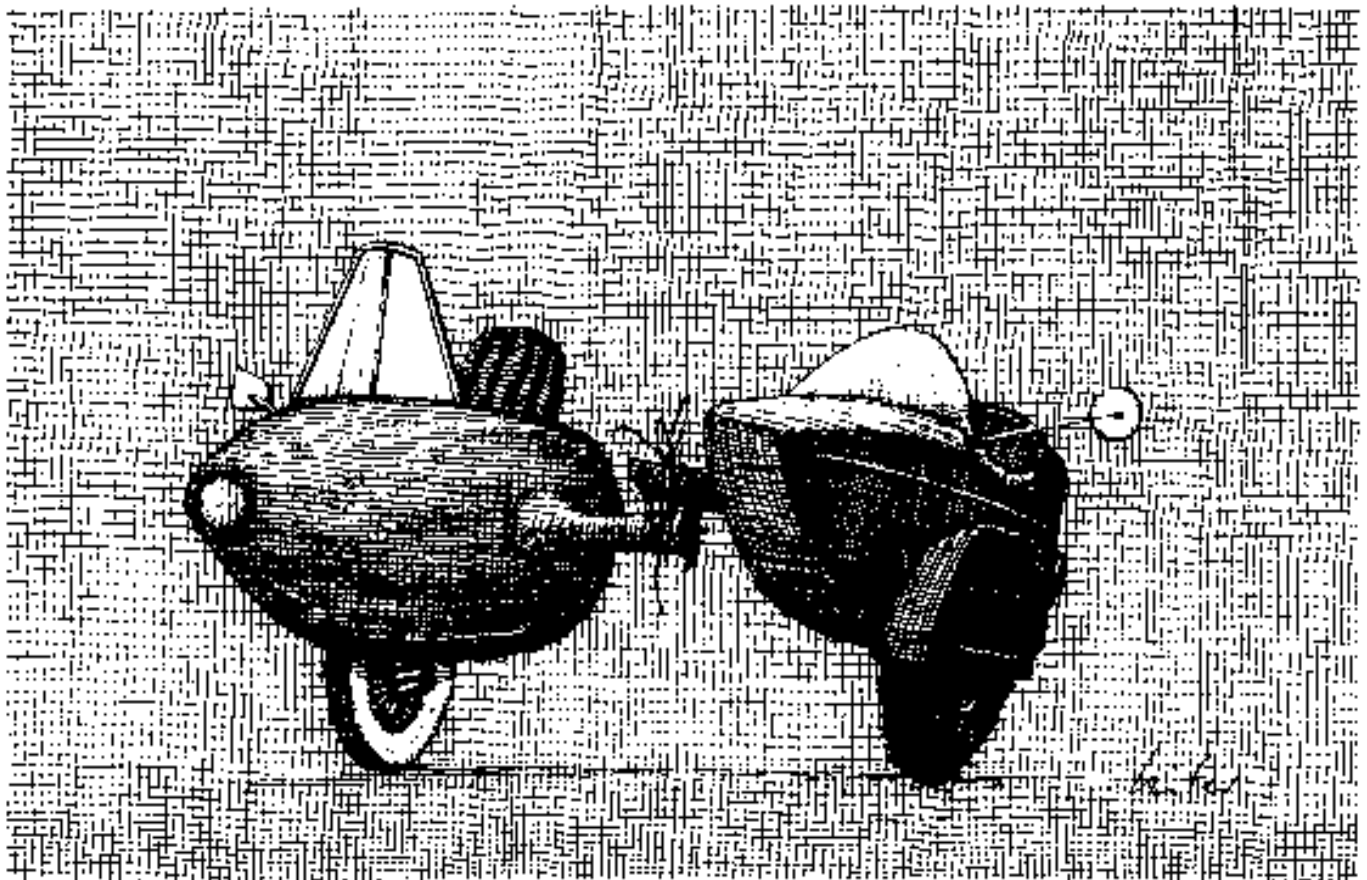
ranten immer mehr Bäume fallen müssen und damit das Problem der Entwaldung verschärfen. In Sambia werden inzwischen jährlich rund 300000 Hektar Wald abgeholzt. Um die durch die Sargherstellung verursachte Entwaldung einzudämmen, regte Häuptling Liteta vom Volk der Lenje an, die Verwendung von Holzsärgen zu verbieten. Da Feuerbestattungen nicht in Frage kommen – sie verstossen gegen den Sittenkodex – schlägt er vor, die Toten «in Leichentüchern, Decken oder Plastiksäcken zu begraben, wie sie das Rote Kreuz für Flüchtlinge oder Bedürftige verwendet». Die Bevölkerung reagiert recht positiv auf die Vorschläge, nicht zuletzt weil Sargbestattungen vor der Ankunft der britischen Kolonialherren nicht üblich waren.

Preisgekrönte Zusammenarbeit mit Nomaden

(bf) Allein in Afrika gibt es 20 bis 30 Millionen Nomaden, die mit ihren Tieren in nachhaltiger Art und Weise die spärliche Vegetation nutzen. Die gegenseitige Abhängigkeit von Mensch und Tier fordert für beide eine Gesundheitsversorgung, die der Lebensweise der Nomaden angepasst ist. Das Schweizerische Tropeninstitut in Basel forscht in Zusammenarbeit mit ortsansässigen Forschern seit Jahren nach Synergien zwischen Human- und Veterinärmedizin für die Versorgung von Nomaden im Tschad. Die Gesundheit der Nomaden zu untersuchen und Impfkampagnen für Tiere mit solchen für Menschen zu koppeln, erfordert viel Fingerspitzengefühl. Nicht nur galt es, die Regierung im Tschad vom Projekt zu überzeugen, auch die lokale Bevölkerung soll daran teilhaben und ihr Wissen und ihre Bedürfnisse dazu einbringen. Mittlerweile ist das Projekt so erfolgreich, dass es kürzlich mit dem Swiss Transdisciplinary Award ausgezeichnet wurde, der von der Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften verliehen wird. Nach gleichem Muster wie das preisgekrönte Projekt arbeitet das Schweizerische Tropeninstitut nun auch in der Mongolei und im Kaukasus.



Jeremy Horner / Panos / Strates



Bündnis

Draisinen gegen Züge
(jls) Anfang 2004 verbot die kambodschanische Regierung die Benutzung von Draisinen, einfachen vierräderigen Karren, die auf Eisenbahnschienen fahren. Allerdings hält sich niemand an das Verbot, weil die Draisine ein sehr billiges Transportmittel und trotz der Gefahren nach wie

vor sehr beliebt ist. Sie ist mit einer Holzplatte auf zwei Achsen höchst einfach konstruiert und wird von einem Motorrad- oder einem Kleinmaschinenmotor angetrieben. Sie fährt nie schnell, hat aber aufgrund der primitiven Bremsvorrichtung einen sehr langen Bremsweg. Da die kambodschanischen Bahnstrecken

einspurig sind, haben die Bahnwärter die Aufgabe, die Draisinenfahrer lange vor der Durchfahrt eines Zuges zu warnen, damit sie anhalten und ihr Fahrzeug von den Schienen nehmen. Manche Draisinen versuchen dennoch, den nächsten Bahnhof zu erreichen, was immer wieder zu Zusammenstößen führt. 2003 wurden 23 Unfälle gemeldet.

Honig sei Dank

(bf) Seit jeher hat die Honigproduktion in Afrika eine überlebenswichtige, wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung. Honig war und ist in verschiedensten Formen ein Handelsartikel. Allein die vom Aussterben bedrohte Afrikanische Honigbiene «*Apis mellifera africana*» erwirtschaftet heute in Südafrika als emsige Honigproduzentin

jährlich 499 Millionen Dollar. Doch in letzter Zeit bekämpft vorab die Landbevölkerung das Insekt aus Furcht vor seinem Stachel. Nun soll diese mit der bedrohten Art wieder ihren Frieden schliessen. Die Bienenstiftung, ein Privatunternehmen in Pretoria, will in den kommenden drei Jahren 100 000 Bauern mit bewohnten Bienenkörben ausstatten. Da jedes Bienenvolk 20 Kilogramm Honig abwirft, könnten die Züchter sich ein jährliches Bruttoeinkommen von knapp 2500 Dollar verdienen. Abnehmerin des Honigs ist die Bienenstiftung selbst.



Unabhängigkeits-Blues im



DOSSIER

Georgien

Wie kaum eine andere Region der Erde ist der Kaukasus von Kontrasten geprägt – ethnisch, geopolitisch, klimatisch oder sprachlich. Nicht zuletzt deshalb stellen sich seit dem Untergang des Sowjetregimes den neuen, unabhängig gewordenen Kaukasus-Staaten riesige Herausforderungen. Die weitere Entwicklung der Region hängt insbesondere von der Lösung der territorialen Konflikte ab. Von Vicken Cheterian*.

Wasgen hob sein Glas zu einem weiteren Trinkspruch. Wenn der *Tamada*, der nach altem kaukasischem Brauch Trinksprüche ankündigt oder ausbringt, sich mit fast militärischer Disziplin an immer gleiche Sprüche hält, dann kann das ärgerlich sein. Bei Wasgen, dem Maler aus Gumri in Armenien, besteht diese Gefahr nicht: «Lasst uns auf dieses grosse Land trinken. Denn Armenien mit seinen Gebirgen ist ein grosses Land. Würden wir unsere Berge flachbügeln, wäre Armenien grösser als Sibirien.»

Wasgens poetischer Trinkspruch könnte für den gesamten Kaukasus gelten, der seit Urzeiten eine Grenze zwischen Imperien und Kulturen bildet. Diese Gebirgskette erstreckt sich von den Küsten des Schwarzen Meeres bis zu den warmen Gewässern des Kaspischen Meeres. In der Stadt Derbent, die vor 6000 Jahren an der engsten Stelle zwischen Gebirge und Kaspischem Meer gegründet wurde, hatten schon die Römer und später die Araber Garnisonen unterhalten. Nach Süden hin lagen die alten Kulturen von Persien, Mesopotamien und

südlichen Kaukasus



Georgien

Byzanz, nach Norden erstreckten sich die endlosen Steppen, die bis zur Chinesischen Mauer von kriegerischen Nomadenvölkern beherrscht wurden. Im unzugänglichen Kaukasus hatten verfolgte Minderheiten Zuflucht gesucht. Hier lebten kaukasische Völker (Georgier und Tschetschenen) neben Indoeuropäern (Armeniern) und Turkvölkern (Aserbajdschanern und Karatschaiern). Die plötzliche Auflösung der Sowjetunion führte zur Unabhängigkeit Armeniens, Aserbajdschans und Georgiens, während der Norden des Kaukasus in der Russischen Föderation verblieb.

Das Jahrzehnt der Wirtschaftskrise

Die Unabhängigkeit brachte den neuen Staaten immense Herausforderungen. Die Territorialstreitigkeiten zwischen Armenien und Aserbajdschan wegen Berg-Karabach und zwischen der Zentralregierung Georgiens und den autonomen Gebieten Südossetien und Abchasien lösten blutige Konflikte aus, die weit reichende Zerstörungen, Tausende von Toten und insgesamt 1,2 Millionen

Flüchtlinge und intern Vertriebene (bei einer Gesamtbevölkerung von 16 Millionen Menschen) zur Folge hatten.

Aufgrund dieser Konflikte und des anhaltenden Krieges in Tschetschenien sind mehrere wichtige Verkehrswege seit langem unterbrochen, darunter die Eisenbahnverbindungen zwischen Armenien und Aserbajdschan und zwischen Russland und Georgien. Der Zusammenbruch des zentral gelenkten Wirtschaftssystems war der Auslöser einer dramatischen Wirtschaftskrise, die dazu führte, dass die gesamte Produktion der drei Länder in den ersten drei Jahren der Unabhängigkeit um die Hälfte zurückging. Kommt hinzu, dass die drei Länder (in der Sowjetära keine selbstständigen Staaten) ihre eigenen staatlichen Institutionen – so etwa Streitkräfte, diplomatische Vertretungen, Zentralbanken – erst einmal aufbauen mussten.

Alle diese Herausforderungen waren zudem in einer Zeit zu bewältigen, in der kaum finanzielle Mittel zur Verfügung standen. Die zaghafte internationale Hilfe fiel kaum ins Gewicht, verglichen

Leibwächter oder Privatarmeen?

Mit der Zunahme des privaten Reichtums gibt es im Südkaukasus auch einen Trend zur Zunahme privater Sicherheitskräfte. Ein armenischer Geschäftsmann soll mehr als einhundert Bewaffnete auf seiner Gehaltsliste stehen haben. Für manche sieht dies eher nach einer Privatarmee als nach einer Gruppe von Leibwächtern aus. Ein CIA-Direktor, der sich kürzlich in Baku aufhielt, kritisierte gegenüber Präsident Ilham Alijew den Aufbau von Privatarmeen mit 150 bis 200 Kämpfern, die der Führung von Staatsbeamten unterstehen. Gemäss Medien in Baku, fürchtet Washington um die Sicherheit seiner Ölanlagen.



Armenien

mit den einst grosszügigen Subventionen, die der Südkaukasus zu Zeiten der sowjetischen Planwirtschaft erhalten hatte.

Infolge der wirtschaftlichen Umstrukturierung kam es in den drei Ländern zu tief greifenden gesellschaftlichen Umwälzungen. Teile des Südkaukasus waren stark industrialisiert, doch weitgehend abhängig vom militärisch-industriellen Komplex der Sowjetunion. Unter den neuen Bedingungen konnten diese Industrie-Sektoren nicht überleben. Probleme hatten vor allem die chemische und die Computerindustrie in Armenien, die Ölindustrie in Aserbaidschan, der Weinbau und die Tourismusbranche in Georgien. Für diese Länder, in denen Vollbeschäftigung lange als Grundrecht galt, begann eine Zeit massiver und dauerhafter Arbeitslosigkeit.

Fast die Hälfte der Bevölkerung ist arbeitslos oder unterbeschäftigt. Ganze Städte, die zu Sowjetzeiten um Fabriken herum aus dem Boden gestampft worden waren, sind heute soziale Notstandsgebiete, denn ihre ökonomische Basis existiert nicht mehr. Diese Deindustrialisierung löste umfangreiche Abwanderungsströme aus. Die Menschen zogen aus Provinzstädten in die Hauptstädte und aus dem Südkaukasus nach Russland, Europa und Nordamerika. Seit der Unabhängigkeit haben nahezu vier Millionen Menschen – ein Viertel der ursprünglichen Bevölkerung – den Südkaukasus verlassen.

Armenien im Blockadezustand

Den dramatischsten und schnellsten Niedergang erlebte der Binnenstaat Armenien. Bereits das verheerende Erdbeben von 1988 mit 25 000 Toten hatte katastrophale Folgen für das Land gehabt, nach der Unabhängigkeit war es ausserdem noch fast vollkommen isoliert. Die Verbindungen nach Russland waren aufgrund der Konflikte, die Verbindungen nach Europa aufgrund der türkischen Blockade gekappt. So gab es auch keine Ölimporte, kein Gas und keinen Strom.

Dennoch gewann Armenien den Krieg um Nagorni-Karabach und brachte die dort von Armeniern bewohnten Gebiete in den ersten Kriegsmonaten (1992) unter seine Kontrolle. Darüber hinaus gelang es, mehrere aserbaidchanische Distrikte zu besetzen und damit territoriale Verbindungen zu Karabach herzustellen; ausserdem konnte Armenien in aserbaidchanische Gebiete im Osten von Karabach vordringen. Seit 1994 wird der Waffenstillstand beidseitig respektiert, ohne dass Friedenstruppen erforderlich wären.

Aufgrund des Kriegs um Karabach sind die staatlichen Strukturen Armeniens in hohem Masse abhängig von den Streitkräften. Die beiden mächtigsten Politiker Armeniens, Präsident Robert Kottscharjan und Verteidigungsminister Sergej Sarkisjan, stammen beide aus Karabach. Die Streitkräfte mit 70 000 Soldaten verschlingen den Löwenanteil des armenischen Staatshaushalts. Die Bedrohung



Gil Moti / Still Pictures

Aserbaidshan

durch Aserbaidshan und die geschlossene Grenze zur Türkei erleichtern die Bemühungen, die Opposition im Inland zum Schweigen zu bringen. Nach den schwierigen 1990er Jahren beginnt Armenien nun, sich dank politischer Stabilität und zunehmender ausländischer Investitionen wirtschaftlich zu erholen. Manche Armenier, die Anfang der 90er Jahre auswanderten, sind zurückgekehrt oder investieren in ihrer Heimat. Ausserdem haben viele Angehörige der Diaspora, die in Russland, Iran oder den USA leben, im Land ihrer Vorfahren Unternehmen gegründet: Teppichfabriken, Hotels, Softwarefirmen. Ein anhaltender konjunktureller Aufschwung allerdings wird nur dann möglich sein, wenn der Karabach-Konflikt dauerhaft beigelegt und die nach 14 Jahren Unabhängigkeit noch immer geschlossene Grenze zur Türkei geöffnet wird.

Aserbaidshan und seine Ölinteressen

Ganz zu Beginn seiner Unabhängigkeit hatte Aserbaidshan ein Imageproblem: Der Westen sah es als ein Land, in dem sich eine prosovjetsche Regierung und eine radikale, wenn nicht gar fundamentalistische Opposition unversöhnlich gegenüberstanden. Als 1992 der Karabach-Krieg ausbrach, sympathisierten Russland, Europa und die USA mit Armenien, das sie als David im Kampf mit Goliath sahen. Doch bald nach dem Waffenstillstand änderten sich die geopolitischen Parameter.

1994 unterzeichnete Präsident Hejdar Alijew einen Acht-Milliarden-Dollar-Vertrag mit einem Konsortium westlicher Ölgesellschaften unter Leitung von British Petroleum. Dieser «Jahrhundertvertrag» löste einen wahren Ölrusch aus. Einige Jahre lang war Baku ein Magnet für westliche Diplomaten, Ölfirmen und Journalisten. Viele Beobachter waren damals überzeugt, das Kaspische Meer mit seinen Ölreserven sei eine Alternative zur Golfregion. Manche behaupteten gar, seine Ölreserven liessen sich mit denen Saudi-Arabiens vergleichen. Der anfänglichen Begeisterung folgte Ernüchterung. Bohrungen in den Küstengewässern ergaben nicht die erwarteten Resultate, und viele Ölfirmen verliessen Baku Ende der 90er Jahre. Dennoch verfügt Aserbaidshan über so umfangreiche Ölreserven, dass es sich lohnt, eine neue Pipeline von Baku über Georgien zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan zu bauen. Die BTC-Pipeline mit einer Kapazität von täglich einer Million Barrel soll Ende 2005 fertig gestellt sein. Somit ist das Öl ebenso wie im späten 19. Jahrhundert die wirtschaftliche Grundlage des Landes.

Doch nicht alle profitieren von den Petrodollars. In Aserbaidshan wird die Politik von Clans gemacht, welche die Wirtschaft beherrschen. Der so genannte Nachitschewan-Clan dominiert seit Jahrzehnten die politische Szene. Diese Machtkonzentration führte zur Entstehung der ersten Herrscherdynastie im postsowjetischen Raum. Bei den

Machtkonzentration in Georgien

Nach dem plötzlichen Tod von Surab Schwanija, der Premier von Georgien und einer der drei führenden Köpfe der Rosenrevolution war, ernannte Präsident Micheil Saakaschwili den früheren Finanzminister Surab Nogaideli zum neuen Premierminister. Grosse Teile der politischen Elite Georgiens nahmen seine Ernennung jedoch keineswegs positiv auf. Parlamentspräsidentin Nino Burdschanadse äusserte scharfe Kritik an der Ernennung nachdem in ihren letzten Gesprächen mit dem Präsidenten ein anderer Name genannt worden sei. Ihrer Ansicht nach ist der neue Präsident unfähig zu Kompromissen, und dies könne zu neuen Konflikten führen. Bei der Rosenrevolution vom November 2003 wurde Saakaschwili von Schwanija und Burdschanadse unterstützt. Der Tod Schwanijas und die kritischen Äusserungen Burdschanades lassen eine Konzentration der Macht in den Händen des Präsidenten erkennen.



Aserbaidtschan



Grenze Georgien / Abchasien



Armenien



Aserbaidtschan

Türkei und Armenien im Gespräch

Mit der Aufnahme von Gesprächen zwischen der Türkei und der EU kommt die Türkei zunehmend unter Druck, im Hinblick auf den Völkermord an den Armeniern (1915) über ihre Vergangenheit und ihre derzeitigen Beziehungen nachzudenken. Zwar haben in der Türkei einige mutige Einzelpersonen Stellung bezogen, doch die öffentliche Meinung geht dieser Angelegenheit aus dem Weg. Dass der renommierte Schriftsteller Orhan Pamuk in einem Gespräch mit dem *Tages-Anzeiger* von der Million armenischer Opfer und der späteren Kurdenverfolgung gesprochen hatte, löste in den Medien und der politischen Klasse der Türkei einen Sturm der Entrüstung aus. Angesichts von Schlagzeilen wie «Warum hasst Pamuk sein Land?» und «Ist Meinungsfreiheit gleichbedeutend mit Freiheit zum Verrat?» stellt sich die Frage, ob die Türkei zu einer Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit bereit ist.

Präsidentenwahlen von 2003 wurde Hejdar Alijews Sohn Ilham trotz mangelnder politischer Erfahrung zu seinem Nachfolger gewählt.

Georgien und die Rosenrevolution

Die Opposition Aserbaidtschans bezichtigte die Regierung nach den Wahlen von 2003 der Wahlfälschung, doch ihre erste Demonstration wurde von der Polizei aufgelöst. Auch in Georgien wurde 2003 gewählt. Auch hier warf die Opposition dem Präsidenten, Eduard Schewardnadse, Wahlbetrug vor. Auch hier organisierte die Opposition Demonstrationen, doch im Unterschied zu Aserbaidtschan gelang es ihr, das Parlament zu besetzen und die Macht zu übernehmen. Diese Ereignisse sind als Rosenrevolution in die Geschichte eingegangen.

Die Entwicklung in Georgien liess nicht nur das Land, sondern die ganze Region neue Hoffnung schöpfen. Trotz seines wirtschaftlichen Potenzials war es Georgien unter Schewardnadse wegen Ineffizienz, Korruption und der Schwäche des Staates immer schlechter gegangen. Durch die Revolution kamen die früheren Oppositionellen, aber auch die von Micheil Saakaschwili geführten nationalistischen Kräfte an die Macht und versprachen Georgien ein neues Goldenes Zeitalter.

Gleich in den ersten Monaten konnte Saakaschwili mehrere Erfolge für sich verbuchen. Er brachte Georgien auf die internationale Tagesordnung; er

ging gegen korrupte frühere Beamte und kriminelle Elemente vor und liess eine ganze Reihe von ihnen verhaften; und es gelang ihm, die autonome Republik Adscharien, die sich lange dem Zugriff der Zentralregierung entzogen hatte, wieder der georgischen Regierung zu unterstellen.

Die georgische Revolution hat neue Probleme deutlich gemacht. Unter Saakaschwili besteht die Gefahr, dass der traditionelle georgische Nationalismus, der nach Ansicht vieler die Ursache der Kriege der 90er Jahre war, wieder zum Tragen kommt. Nachdem die georgische Armee in Adscharien einmarschiert war, hob Tiflis den Autonomiestatus der Adscharischen Republik auf und machte sie zu einer Provinz Georgiens. In einem Land, das angespannte Beziehungen zu zwei weiteren autonomen Gebietskörperschaften – nämlich Südossetien und Abchasien – unterhält, war die Aufhebung der Autonomie Adschariens die falsche Botschaft.

Im Mai vergangenen Jahres schickte Georgien – ermutigt durch seine ersten Erfolge – Truppen nach Zchinvali, der Hauptstadt Südossetiens. Doch dieses Mal stiessen seine Soldaten auf Widerstand. Die Russen hatten sich entschlossen, in diesem Fall nicht untätig zuzusehen. Moskau verfolgt die Entwicklung in Ossetien sehr genau, denn in seinem Hoheitsgebiet leben ebenfalls Osseten, und zwar in der Autonomen Republik Nordossetien. Nach mehrwöchigen Zusammenstößen musste



Kaukasus

Der Kaukasus ist ein Gebirge in Eurasien zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer. Es ist 1100 Kilometer lang und 180 Kilometer breit. Höchster Berg ist der 5642 Meter hohe Elbrus.

Demokratie auch in Abchasien

Nachdem Sergej Bagapsch am 12. Februar dieses Jahres als neuer Präsident der abtrünnigen Republik Abchasien seinen Amtseid abgelegt hatte, erklärte er: «Ich schwöre, die Freiheit und Unabhängigkeit Abchasiens zu verteidigen und dass unsere Kinder in einem freien, unabhängigen Land mit einem marktwirtschaftlichen System leben werden.» Mit anderen Worten: Keine Rückkehr unter georgische Herrschaft.

Die Wahl von Bagapsch ist nicht zuletzt auch deshalb aufschlussreich, weil er weder der Favorit des scheidenden Präsidenten Ardsinba noch der Favorit Moskaus war. Nach den Wahlen im Oktober 2004 erklärten sich sowohl Bagapsch als auch sein Rivale Raul Chadschimba zum Wahlsieger, und so geriet das kleine Land an der Ostküste des Schwarzen Meeres an den Rand eines Bürgerkriegs, der erst in letzter Minute durch eine Übereinkunft verhindert werden konnte. Das 250 000 Einwohner zählende Land ist von der Staatengemeinschaft bisher nicht anerkannt worden. Die meisten seiner Bürger können jedoch dank ihres Anspruchs auf einen russischen Pass ins Ausland reisen. Die Lage in Abchasien ist noch immer einer der Hauptstreitpunkte zwischen Tiflis und Moskau.

Saakaschwili nachgeben und zum vorherigen Status quo zurückkehren. Der mysteriöse Tod von Premierminister Surab Schwanija, der dem gemässigten Flügel der georgischen Führung zuzurechnen war, wirft nun neue Fragen auf. Sind die Hoffnungen, welche die Rosenrevolution weckte, berechtigt? Können politische Veränderungen mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden?

Das grosse Spiel beginnt von Neuem

Dass die drei südkaucasischen Republiken überhaupt unabhängig werden konnten, liegt in erster Linie daran, dass Moskaus Einfluss schon seit geraumer Zeit zurückgegangen war. In den letzten Jahren gewinnen die USA zunehmend an Einfluss. Auf den Märkten von Eriwan und Baku ist der Dollar die Leitwährung; die militärische Zusammenarbeit zwischen Washington und Tiflis wird ausgebaut, und es ist bereits die Rede von NATO-Stützpunkten in Baku... In jüngster Zeit spricht auch die Europäische Union von der Kooperation mit den «Neuen Nachbarn», denn der Südkaucasus wird – da beide an das Schwarze Meer grenzen – bald zum unmittelbaren EU-Nachbarn.

Gegen Ende der 1980er Jahre waren Beobachter in Moskau der Auffassung, es sei für die Sowjetunion zu teuer, die Hegemonie über den Kaukasus, Zentralasien und die Ukraine aufrecht zu erhalten. Sie schlugen eine Neugestaltung der Union vor, um die territoriale Herrschaft durch eine selektive

wirtschaftliche zu ersetzen. Mittlerweile sind die Russen durch den Haupteingang hinausgegangen – und kommen durch die Hintertür zurück: Russisches Kapital kauft immer mehr gewinnträchtige Sektoren wie Kraftwerke und Bergbau-gesellschaften auf.

Und doch – zum ersten Mal seit Jahrhunderten liegt das Schicksal des Südkaucasus in den Händen der Menschen, die dort leben. Die Wirtschaftsdaten sind eindeutig. 2003 zogen die Wachstumsraten der drei Länder ungewöhnlich stark an: um 11,2 Prozent in Aserbaidschan, 9,9 in Armenien und 5,5 in Georgien. Dennoch leben nach wie vor 54 Prozent der georgischen Bevölkerung, 50 Prozent der Armenier und 49 Prozent der Aserbaidschaner unter der Armutsgrenze. Die künftige Stabilität und der Fortschritt dieser Länder werden davon abhängen, ob die politisch Verantwortlichen in der Lage sind, die Bevölkerung am wirtschaftlichen Aufschwung teilhaben zu lassen. ■

** Vicken Cheterian, gebürtiger Armenier mit libanesischem Pass, ist Journalist und Projektleiter von Cimera, einer in Genf ansässigen Nichtregierungsorganisation, die in der Kaukasusregion, in Zentralasien und auf dem Balkan im Bereich Medienentwicklung und Konfliktprävention tätig ist.*

(Aus dem Englischen)

Ein kleiner Lichtblick am



J.M. Navia / Agence VU

Jerewan, Armenien



Ghia Nodia, 51, ist gebürtiger Russe aus Moskau. Er leitet das Caucasus Institute for Peace, Democracy and Development (CIPDD) in Tiflis, Georgien. Seine zahlreichen Publikationen befassen sich mit den Themen Demokratie, Nationalismus in den post-kommunistischen Ländern, Institutionen-Bildung sowie mit der politischen Entwicklung in Georgien und im Kaukasus. Nodia gilt als Vertrauter von Georgiens Präsident Michail Saakaschwili.

Der Leiter des Caucasus Institute for Peace, Democracy and Development, Ghia Nodia, ist vorsichtig optimistisch. Langsam geht es den Menschen im Südkaukasus besser, auch wenn die Armut noch lange andauern wird. Die ethnischen Konflikte und die Korruption stellen die grössten Herausforderungen dar. Interview von Maria Roselli.

Eine Welt: Der Südkaukasus ist eine multi-ethnische und multikonfessionelle Region. Das hat sein Gutes, doch ethnische Konflikte wie jener in Abchasien stellen eine grosse Herausforderung dar. Wie kann der Frieden gefördert werden?

Ghia Nodia: Zuerst braucht es gut funktionierende Staaten, die wirksame Leistungen erbringen, und das ist nur in einer Demokratie möglich. Ein Staat ohne Demokratie ist unrechtmässig und würde unweigerlich neue Konflikte schüren. Das Problem liegt eigentlich nicht darin, dass in der Region verschiedenste Religionen und Ethnien zusammenleben. Wir haben leider bereits bestehende, separatistische Konflikte geerbt – zum Beispiel in Abchasien, Südossetien und Nagorno-Karabach. Nach einer Phase der militärischen Eingriffe anfangs der 1990er Jahre, wurden aus den

Auseinandersetzungen so genannte «kalte Konflikte». Diese sind schwer zu lösen. Denn es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Konfliktparteien einen Friedensvertrag aushandeln. Ihre Positionen klaffen zu weit auseinander. Zudem fehlt ein Präzedenzfall, ein internationales Beispiel das zeigt, wie ein solcher Konflikt durch Friedensverhandlungen beigelegt wird. Auch ein militärischer Eingriff würde nichts bringen, sondern die kleinen Fortschritte in der Region nur schwächen. Das könnte gar zu einem neuen humanitären Desaster führen. Aber auch das Festhalten am heutigen Status quo schmälert die Chancen auf eine politische und wirtschaftliche Entwicklung.

Wie steht es mit den Wirtschaftsreformen? Wie leben die Menschen 14 Jahre nach dem Zusammenbruch des Sowjetregimes?

Der Zusammenbruch der sowjetischen Planwirt-

Horizont

schaft und die Kriege anfangs der 1990er Jahre führten zu einer schweren Wirtschaftskrise, die für die Menschen einen einschneidenden Rückgang des Lebensstandards bedeutete. Erschwerend wirkten sich auch Korruption und marode Institutionen aus, die das Wirtschaftswachstum behinderten. Seit Mitte der 1990er Jahre geht es mit der Wirtschaft der südkaucasischen Länder wieder aufwärts. Doch die Nachwehen des Zusammenbruchs sind noch nicht überwunden und hemmen das Wachstum. Das Niveau aus der Sowjetzeit wurde noch nicht erreicht. Die Menschen haben hohe Erwartungen an die soziale Sicherheit, doch die einstigen sozialen Netze gibt es nicht mehr. Die Armut konnte in allen drei Ländern nicht substanziell gemindert werden. Die meisten Menschen leben von der Subsistenzlandwirtschaft.

Wie viel verdient heute eine Lehrkraft oder ein Industriearbeiter in Georgien?

Noch immer zu wenig: Ein Schullehrer verdient weniger als 100 Lari pro Monat (63 Franken), was weit unter dem Existenzminimum liegt. Zum Überleben braucht es 130 bis 140 Lari. Die Lehr-

Löhne vieler Staatsangestellter wurden deutlich angehoben. Zudem wurden Korruptionsfälle rechtlich verfolgt. Doch die Methoden führten zu Kritik. Sie seien mit der Rechtsauslegung eines demokratischen Staates nicht kompatibel. Ein Grossteil der Ordnungshüter sowie die berüchtigten Verkehrspolizisten wurden entlassen. Die Anstellungen erfolgen jetzt über transparente Bewerbungen. Solche Massnahmen haben, so scheint es, bereits in kurzer Zeit die Korruption gesenkt. Aber das Problem ist noch lange nicht gelöst. Unklar ist auch die Nachhaltigkeit dieser Erfolge.

Seit 14 Jahren üben sich die neuen Staaten des Südkaucasus in Demokratie und Marktwirtschaft. Wann wird es den Menschen besser gehen?

Die Talsohle wurde zu Beginn der 1990er Jahre erreicht, seither wird es langsam besser. Doch den Menschen geht dies alles noch zu langsam. Man kann nie neue Krisen ausschliessen, zurzeit gibt es aber dafür keine Anzeichen. Die wahrscheinlichste Quelle neuer Krisen sind allfällige Machtwechsel. Georgien hatte mit der Rosenrevolution Glück.

«Die Reform des Elektrizitätssektors in Georgien zeigt exemplarisch auf, wohin die Privatisierung führt: Ein überwiegender Teil der Erzeugungskapazität, des Grosshandels und des Verteilnetzes wurden in Tiflis in den späten 1990er Jahren privatisiert. Dies führte zu einer besseren Versorgung, aber auch zu einem deutlichen Preisaufschlag, und die Gebiete rund um Tiflis leiden noch immer an Strommangel.»

Ghia Nodia



Georgien



Aserbaidtschan

kräfte sind also auf ein zusätzliches Einkommen angewiesen. Das nährt die Korruption im Bildungswesen. Industriearbeiter haben höhere Löhne, da sie für den Privatsektor tätig sind. Normalerweise sichern die Gehälter das nackte Überleben. Die neue Regierung hat zwar die Löhne der Staatsangestellten angehoben und dafür gesorgt, dass die Gesetze eingehalten werden, gleichzeitig hat sie aber einen massiven Stellenabbau betrieben.

Wird die Korruption konkret bekämpft?

Georgiens neue Regierung startete eine sehr aggressive Kampagne gegen die Korruption. Die

Aber die Menschen in Aserbaidtschan und Armenien werden immer unzufriedener mit ihren semi-autokratischen Führungen und den korrupten Regierungen, die sie nicht einfach absetzen können. Ich erwarte, dass das Wirtschaftswachstum anhält, aber ein grosser Teil der Bevölkerung wird wohl noch lange Zeit in Armut leben. Ich bin vorsichtig optimistisch, dass sich die politischen Regimes in der nächsten Dekade konsolidieren können. Skeptisch stimmen mich nach wie vor die separatistischen Konflikte. ■

(Aus dem Englischen)

Die Suche nach dem neuen Selbstverständnis

Die Lebensbedingungen der Menschen in Armenien, Georgien und Aserbaidschan verbessern sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nur langsam. Die Herausforderungen der Transition sind noch immer enorm. Die Menschen sind ob all den Veränderung oft verunsichert und müssen sich im neuen System erst zurecht finden. Dabei können die Medien und das Filmschaffen von grosser Bedeutung sein. Von Maria Roselli.

Die technische Zusammenarbeit im Südkaukasus

Die DEZA engagiert sich im Südkaukasus in zwei Bereichen mit folgenden Zielen:

Regierungsführung und Friedensförderung:

Förderung der Berufsausbildung in den Bereichen Medien, regionale Diplomatie und Kultur; Erhöhung des Zugangs zu sensiblen politischen Informationen für eine möglichst breite Bevölkerungsschicht, Beitrag zur Transparenz in der öffentlichen Verwaltung, Kampf gegen die Korruption, Stärkung der multikulturellen Toleranz bei den Jugendlichen.

Nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen:

Entwicklungsprogramm für die Berggebiete; Förderung von Aktivitäten zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen in ländlichen Regionen; Verbesserung der sozio-ökonomischen Integration der Vertriebenen; Unterstützung von Bauernvereinigungen und regionalen Organisationen wie WWW South Caucasus, Regional Environmental NGOs Network; Erhöhung der Einnahmen aus dem Tourismus.



Aserbaidschan

Armenien, Aserbaidschan, Georgien: Einst war der Südkaukasus Obstgarten, Erdölreservoir, Tourismusdestination und Chemiezentrum der Sowjetunion in einem. Den Menschen dieser Region ging es besser als jenen der übrigen Sowjetrepubliken. Nie und nimmer hätten sie sich vorstellen können – sollte die Union einst nicht mehr existieren – von der Armut direkt betroffen zu sein. Umso schwieriger gestaltete sich das Leben der Menschen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Die mageren Löhne der einstigen Staatsangestellten reichen kaum mehr für das Nötigste, die Korruption grassiert.

«Oft haben wir feststellen müssen, dass die Menschen der einstigen Sowjetrepubliken des Südkaukasus kaum mehr wissen wo sie stehen, wer sie sind und wie sie sich wichtige Informationen beschaffen

können, um ihren Alltag im neuen System zu bewältigen», sagt Philippe Zahner, Programmbeauftragter der DEZA für den Südkaukasus.

Zentrale Rolle der Medien

In der Region leben mehrere Dutzend Ethnien, mit fast ebenso vielen Sprachen. Die ethnischen Konflikte wie jener in Abchasien sind eine grosse Herausforderung. Um diese einzudämmen muss dringend die soziale Zusammengehörigkeit gefördert werden. «Die Menschen müssen nun als heterogene, komplexe Gesellschaft Zusammenhalt finden», meint Zahner. Aus diesem Grund unterstützen die DEZA und das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) in der Region verschiedenste Projekte, von der Bekämpfung der Korruption bis zur Hilfe in der Subsistenzlandwirtschaft.

Das Gros der Projekte strebt dabei eine direkte Verbesserung der Lebensbedingungen der Betroffenen an. Andere stärken die Demokratie oder die Identitätsfindung. Den Menschen soll geholfen werden, sich in ihrem Land wieder zurecht zu finden.

Seit dem politischen Umbruch hat sich die Situation, in der die Medien ihren Dienst erbringen müssen, radikal verändert. Die Transition ist eine grosse Herausforderung für die Medienschaffenden in den ehemaligen Sowjetrepubliken. Neue Machtzentren aus Wirtschaft und Politik haben sich gebildet und üben mächtig Druck auf die lokalen Medien aus. «Oft genügt ein Telefonanruf eines Politikers und schon ist ein kritischer Journalist seine Stelle los», weiss Vicken Cheterian, Leiter des Instituts für Medienentwicklung im Kaukasus.

Im Caucasus Media Institute in Eriwan, Armenien, werden Journalisten auf die neuen Herausforderungen vorbereitet. «Sie müssen lernen, welches die Rechte und Grenzen des Journalismus sind. Wo beginnt beispielsweise Propaganda, und was ist noch normale Wahlberichterstattung?», sagt Cheterian. Ein besonderes Problem ist zudem das Fehlen unabhängiger Quellen wie Universitäten oder Forschungsanstalten, die eine objektive Berichterstattung erst ermöglichen. Für Cheterian ist klar: «Ohne kritische Medien, die frei ihrer Informationspflicht nachgehen können, ist eine demokratische und transparente Gesellschaft eine Illusion.» Die Medien erfüllen deshalb eine Schlüsselrolle im Transitionsprozess.

Filme fördern soziokulturelle Identität

Auch dem lokalen Filmschaffen hat das Ende der Sowjetunion arg zugesetzt: Es fliessen keine Mittel



Armenien

mehr und die einstigen Vertriebssysteme sind zusammengebrochen. Insbesondere Georgien kannte zu Zeiten der Sowjetunion ein sehr vielfältiges Filmschaffen. «Seit dem Zusammenbruch sind hier



Georgien

nur noch billige und zudem schlecht übersetzte Hollywood-Streifen zu sehen. Diese sind für die Menschen weder identitätsstiftend noch informativ», erklärt Philippe Zahner. Mit dem länderübergreifenden Projekt «Avanti» unterstützt die DEZA deshalb seit 2002 den Aufbau eines eigenständigen Filmschaffens mit dem Ziel, die Menschen der Region in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken.

«Filmproduzenten, Regisseure und Filmanwälte aus Armenien, Aserbaidshan und Georgien werden gemeinsam geschult. Sie sollen lernen, internationale Koproduktionen auf die Beine zu stellen, die den internationalen Standards genügen und über den entsprechenden juristischen Boden verfügen», erklärt Pierre Agthe von der Lausanner Focal-Stiftung, die das Projekt umsetzt. Die Drehbücher, die in der ersten Projektphase entstanden sind, «sind tief in der lokalen Kultur der Herkunftsländer der Filmschaffenden verwurzelt», unterstreicht Agthe.

Sechs Drehbücher für Spielfilme hat die DEZA mit einem Förderpreis ausgezeichnet. Sie sollen demnächst produziert werden. Zuerst müssen aber noch die Budgets gesichert werden. Vielleicht sind die neuen Filme eines Tages auch bei uns zu sehen und bringen uns diese Region mit ihren Bürgerinnen und Bürgern näher. ■

Mehr als eine Million intern Vertriebene

Im konfliktreichen Umfeld des Südkaukasus ist eine klare Trennung zwischen technischer Unterstützung und humanitärer Hilfe kaum möglich. Deshalb misst die DEZA der Kontinuität der Zusammenarbeit grosse Bedeutung zu. Dies ist hauptsächlich der Fall an der Grenze zwischen Abchasien (nördliches Teilgebiet in Georgien) und Georgien, wo die Verbesserung der Lebensbedingungen der am stärksten betroffenen Familien im Mittelpunkt steht. Zusammengezählt sind es mehr als eine Million Menschen (mehr als 10 Prozent der Gesamtbevölkerung), die intern vertrieben wurden und heute noch unter schwierigsten Bedingungen leben.



«Goldenes Bengalen» – Fata Morgana oder Realität von Morgen?

In Bangladesch hat in jüngster Zeit die Emanzipation der Frauen das Gesicht des Landes stark verändert, und wie nirgends sonst stellen Nichtregierungsorganisationen eine gesellschaftliche Macht dar. Doch trotz riesiger Fortschritte gehört das Land noch immer zu den ärmsten der Welt und kämpft mit ausufernder Korruption, Migration und politischer Rivalität. Von Bernard Imhasly*.

Das Büro von Shafiqul Haque Choudhury sieht aus, wie man sich das Büro einer bengalischen Nichtregierungsorganisation (NRO) vorstellt: Ein paar harte Stühle, ein bescheidenes Kunststoff-Pult, darauf ein Telefon. Choudhury ist Präsident von ASA, der «Association for Social Advancement». Die Mikrofinanz-Organisation gehört mit 2,8 Millionen Kunden zu den grössten NROs des Landes. Ihre Spezialität sind Kleinstkredite für arme Dorfbewohner. Sie ist so erfolgreich, dass inzwischen selbst reiche Fondsgesellschaften aus dem Westen auf ASA aufmerksam geworden sind.

Im Januar 2005 gründete Choudhury in Dhaka eine Firma, um einen speziell geschaffenen «Catalyst Fund» zu verwalten, in den drei Stiftungen aus den USA, Holland und der Schweiz insgesamt vier Millionen Dollars beigesteuert haben. Choudhury wird das Geld nicht in Bangladesch anlegen, denn dort bestehe kein Mangel an Kleinkrediten mehr. Auch ASA braucht das Geld nicht, «denn wir machten letztes Jahr einen Gewinn von 166 Prozent». Willkommen im Land der blühenden NRO-Industrie.

Armen kann profitabel geholfen werden

ASA gibt sich immer noch bescheiden, wie es sich für eine selbstlose NRO gehört, die alle ihre Gewinne reinvestiert. Aber man braucht nur andere grosse Sozialorganisationen anzuschauen, um den Beweis zu finden, dass man Armen profitabel helfen kann.

Das Hauptquartier der «Grameen Bank», die dem Konzept von Mikrokrediten für Arme zu einem weltweiten Siegeszug verholfen hat, steht in einem 22-stöckigen Hochhaus in der bengalischen Hauptstadt, das mit seinem manikürierten Rasen und den adretten Receptionistinnen einem Multi alle Ehre

machen würde. Die Grameen Bank ist inzwischen, mit Vertretungen in 35 Ländern, selbst ein internationales Unternehmen geworden.

Die «Grameen Unternehmens-Familie» besteht aus inzwischen 23 Mitgliedern, darunter «Grameen Phone», dem grössten Mobiltelefon-Anbieter des Landes. Noch grösser ist BRAC, die erfolgreich 40000 Schulen für arme Familien aufgebaut hat. Ihr gehört zudem eine Geschäftsbank, eine Universität, sowie eine Milchverarbeitungsfirma, deren Eiscremes auch in den modernen Einkaufszentren der Hauptstadt verkauft werden.

Diese NROs gehören, ebenso wie die der über hunderttausend Schwesterorganisationen, ihren Mitgliedern, d.h. den armen Menschen in den 60000 Dörfern des Landes. Auch die Gewinne kommen indirekt ihnen zugute, in Form günstiger Grameen- oder ASA-Kredite, oder eben von kostenfreien BRAC-Schulen.

Wie wohl nirgends sonst in einem armen Land stel-



Jim Holmes / Panos / Strates



Amin Bizos / Agence VU

Das Ding im Alltag Die Rikscha

Das Deltaland Bangladesch wird von Flüssen durchkreuzt, doch sein sprechendstes Symbol ist nicht das Boot, sondern die Fahrrad-Rikscha. Die schiere körperliche Energie, die sie dem Fahrer abfordert, das unmittelbare Gegenüber zwischen einem keuchenden, abgemagerten Kuli und dem komfortabel sitzenden Passagier dahinter haben den Rikschafahrer zur Ikone eines armen Landes gemacht, das sich mit seiner einzigen Ressource – der Arbeitskraft – nach vorne kämpft. Doch sieht man ihm nach, entdeckt man auch Schönheit. Die einfach gemalten Bilder von Sonnenuntergängen und schmachenden Liebhabern auf der Hinterseite des Fahrzeugs zeigen, dass diese Menschen immer noch träumen können.

len die bengalischen NROs eine gesellschaftliche Macht dar. Doch es ist nicht in erster Linie der «kommerzielle» Erfolg, der sie dazu legitimiert. Es sind ihre Leistungen in der zentralen Frage der Armutsbekämpfung, welche den NROs des Landes heute das Recht geben, gegenüber dem Staat und der internationalen Gemeinschaft mit dem Selbstbewusstsein aufzutreten, das in den Vestibülen aus Glas und Metall der BRAC-Bankfilialen zum Ausdruck kommt.

Stark erhöhte Sozialausgaben zeigen Erfolge

Denn was zählt, ist nicht der Jahresgewinn, sondern die Fähigkeit der NROs, die Lebensqualität und Überlebenssicherheit der grossen Masse der Bengalen zu verbessern. Betrachtet man die Sozialstatistik, hat Bangladesch grosse Fortschritte gemacht, seit es von Henry Kissinger einmal als «Fall für den Papierkorb» (Basket Case) apostrophiert worden war. Zwar ist das Land immer noch einer der ärmsten Staaten in Bezug auf das Pro-Kopf-Einkommen. Doch die Kindersterblichkeit konnte in den letzten fünfzehn Jahren auf unter 50 pro Tausend halbiert werden. Das mag damit zusammenhängen, dass inzwischen 95 Prozent der Kleinkinder gegen Tuberkulose und 77 Prozent gegen Masern geimpft sind, und dass 97 Prozent der Bewohner Zugang zu «besserem Trinkwasser» haben. Auch die Sterberate für Mütter ist heute weit tiefer als im benachbarten Indien.

Es wäre falsch, diese Erfolge nur den NROs zuzuschreiben. Unter dem Druck von Zivilgesellschaft und internationalen Gebern hat der Staat seine Sozialausgaben stärker erhöht als viele Länder mit einem vergleichbaren Armutsprofil. Das Erziehungsbudget liegt fast zweimal über jenem Indiens. 87 Prozent der Kinder werden heute eingeschult, auch wenn ein bedeutend geringerer Prozentsatz die Primarstufe dann auch abschliesst. Besonders erstaunlich ist, angesichts der angeblichen Abneigung des Islam gegenüber der Emanzipation der Frau, der hohe Anteil der Mädchen in der Schule.

Weltmarkt zwingt seine Gesetze auf

Auch bei der arbeitenden Bevölkerung haben die Frauen die Männer inzwischen überholt – etwa in der Textilindustrie. Diese hat das Gesicht des Landes in den letzten fünfzehn Jahren ebenso verändert wie die Emanzipation der Frauen und die Senkung der Geburtenrate. Es begann in den 1980er Jahren mit der Endfertigung von Kleidern. Heute hat die Bekleidungsindustrie eine beachtliche Rückwärtsintegration bis zum Weben und Spinnen von Stoffen erreicht. Sie ist, nach der Landwirtschaft und der Fischerei, die grösste Arbeitgeberin.



Git Mer / Still Pictures

Allerdings hat der Weltmarkt auch Bangladesch seine Gesetze aufgezwungen. So zeichnet sich eine zunehmende Mechanisierung der Textilfabrikation ab, mit rückläufigen Beschäftigungszahlen. Die Migration in die Städte – auch vom Erfolg der Bekleidungsindustrie genährt – nimmt aber nicht ab und macht etwa aus der Hauptstadt ein soziales und politisches Pulverfass.

Die politischen Parteien sehen darin eine Gelegenheit, mit radikalen Versprechen Anhänger um sich zu scharen. Dies tun etwa die Islamisten, die in den letzten Jahren Wähler gewinnen konnten, obwohl der bengalische Nationalismus eine Politisierung der Religion lange verhindern konnte. Mitschuldig daran sind die beiden grössten Parteien, die Awami-Liga und die BNP. Sie werden von zwei Frauen geführt, deren Familien tief in der gewaltsamen Geschichte der ersten Jahrzehnte des unabhängigen Staats verstrickt waren. Dies hat in ihnen eine gegenseitige Abneigung genährt, die das politische Leben seit über einem Jahrzehnt prägt.

Sie hat sogar auf die Organe des Staats – Polizei, Justiz, Verwaltung – übergegriffen und dafür gesorgt, dass Recht und Ordnung immer mehr zum Opfer persönlicher und parteipolitischer Vendettas geworden sind. Politisch motivierte Morde nehmen zu, und Bangladesch kann sich mit dem zweifelhaften Ruf brüsten, den weltweit ersten Rang auf der Korruptionsskala einzunehmen.

Die Rivalität zwischen Khaleda Zia und Sheikh Hasina, Witwe und Tochter ermordeter früherer Landesführer, gefährdet die grossen Fortschritte, welche die NROs und die Frauen von Bangladesch in den letzten beiden Jahrzehnten errungen haben. ■

**Bernard Imhasly ist Asien-Korrespondent der NZZ mit Sitz in Neu Delhi, Indien*

Bangladesch und die Schweiz

Von besseren Mangos und besserer Bildung

(bf) Die Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Schweiz und Bangladesch begann bereits kurz nach dessen Unabhängigkeit im Jahre 1971. Anfänglich konzentrierten sich die Aktionen auf die Nothilfe und Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung. Mittlerweile hat sich die Zusammenarbeit zu einem breit abgestützten Programm gewandelt mit dem Ziel, einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung des Landes zu leisten. Das Engagement beläuft sich 2005 auf rund 14,5 Millionen Franken und konzentriert sich geografisch auf die nordwestliche Provinz Rajshahi Division sowie den nördlichen Distrikt Sunamganj, welche zu den ärmsten Regionen des Landes gehören. Schwerpunktmässig zielt das Programm auf folgende vier Bereiche:

Bildung: Verschiedene Projekte fördern die Einschulung von Kindern, welche keinen Zugang zum staatlichen Erziehungssystem haben, sowie die Ausbildung für Jugendliche und Erwachsene, insbesondere Mädchen und Frauen. Mit besseren Rahmenbedingungen soll zudem das Schulsystem generell gefördert werden.

Förderung von Kleinunternehmen: Die Ärm-

sten werden durch die gezielte Entwicklung des Kleinkredit- und Sparwesens und die Förderung von Geschäfts- und Dienstleistungsmärkten unterstützt. Dabei sollen kleineren und Kleinstunternehmen der Zugang zu neuen Märkten ermöglicht und gleichzeitig neue Arbeitsmöglichkeiten für die Ärmsten kreiert werden.

Nachhaltige Landnutzung: Seit langem läuft ein Programm zur Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft und des Gemüseanbaus von Kleinstbauern. Durch ein Netz von zertifizierten Baumschulen kann der Verkauf von hochwertigen Setzlingen (u.a. Mangos) sichergestellt werden. Zudem soll im Bereich der Agroforstwirtschaft der Zugang zu Technologie und Informationen für die Ärmsten der Armen nachhaltig verbessert werden.

Gute Regierungsführung auf lokaler Ebene: Mit der Unterstützung lokaler Regierungen und Organisationen der Zivilgesellschaft sollen die öffentlichen Dienstleistungen im Interesse der Ärmsten gewährleistet sowie die Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und den lokalen Entscheidungsträgern gefördert werden.

Zahlen und Fakten

Name

Volksrepublik Bangladesch

Hauptstadt

Dhaka (ca. 12 Millionen Einwohner)

Bevölkerung

140 Millionen; mit einer Bevölkerungsdichte von ca. 950 Personen/km² der am dichtesten besiedelte Staat der Welt (abgesehen von reinen Stadtstaaten).

Fläche

144 000 km²

Sprache

Staatssprache: Bangla (Bengalisch)
Minderheitensprachen: Urdu, Hindi und mehrere Stammessprachen; in Grossstädten ist Englisch verbreitet

Religionen

Muslime (ca. 83%)
Hindus (ca. 16%)
Buddhisten, Christen, (je unter 1%)

Exportprodukte

Bekleidung, Jute-Produkte, Leder, tiefgekühlter Fisch und Seefrüchte

Klima

Sechs Jahreszeiten: Sommer, Regenzeit, Herbst, Spätherbst, Winter und Frühling. Von Mai bis Oktober Monsun, während dem Hunderte von Flüssen und ihre Seitenarme mit einer Gesamtlänge von 24 000 Kilometern anschwellen und über 30 Prozent der Landfläche überfluten. Häufige Naturkatastrophen wie Wirbelstürme, starke Regenfälle, Überschwemmungen, Dürre.

Aus der Geschichte

Das heutige Bangladesch, das «Land, in dem Bengalisch gesprochen wird», ist der östliche Teil des historischen Bengalen. Ebenso wie in Bangladesch wird auch im westlichen Teil, dem indischen Bundesstaat West Bengal, Bengalisch (Bangla) gesprochen.

3. Jh. v. Chr. Maurya-Kaiser herrschen über den indischen Subkontinent.

750-1197 Wirtschaftliche Blüte in Bengalen unter den buddhistischen Palakönigen.

1608 Dhaka wird Provinzhauptstadt des Mogulreichs. Bengalen wird für die internationalen Seehandelswege erschlossen. Die muslimische Kultur erfährt unter persischem Einfluss intellektuelle Höhen.

1740 Ende der Herrschaft der Moguln in Bengalen, Übernahme der Macht durch die Nawab von Bengalen.

1757 Die britische Vorherrschaft auf dem indischen Subkontinent wird in der Schlacht von Plessey mit dem Sieg Grossbritanniens über Frankreich bestätigt.

1857 Erster Aufstand indischer Regimenter gegen die britische Vorherrschaft.

1947 Ende der britischen Kolonialherrschaft auf dem indischen Subkontinent. Das mehrheitlich muslimische Ostbengalen wird bei der Unabhängigkeit des Subkontinents als Provinz Ost-Pakistan

Teil von Gesamt-Pakistan. Zwischen West- und Ost-Pakistan liegen 2000 Kilometer indisches Staatsgebiet.

1971 Nach einem kurzen, blutigen Unabhängigkeitskrieg erlangt Bangladesch am 26. März mit indischer Unterstützung die Unabhängigkeit.

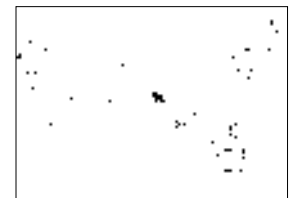
1975 Am 15. August werden der Staatsgründer Sheikh Mujibur Rahman und seine Familie ermordet. Nur zwei zufällig im Ausland weilende Töchter überleben, darunter die spätere Ministerpräsidentin Sheikh Hasina.

1976-1981 Armeechef Ziaur Rahman setzt sich in Machtkämpfen durch und führt das Land mittels einer Präsidialverfassung bis zu seiner Ermordung am 30.5.1981.

1991-1996 Bei den Parlamentswahlen vom Februar 1991 setzen sich Begum Khaleda Zia und die von ihr geführte Bangladesh National Party (BNP) als alleinige Siegerin durch und wird Ministerpräsidentin.

1996-2001 Die Awami League unter Sheikh Hasina gewinnt 1996 die Parlamentswahlen. Sheikh Hasina wird Ministerpräsidentin.

2001 Eine Vier-Parteien-Allianz unter Führung der BNP gewinnt die Parlamentswahlen, Begum Khaleda Zia wird abermals Ministerpräsidentin.



Von den Armen lernen



Shaikh Maqsood Ali promovierte in Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leeds (GB) und lehrte an der Universität Dhaka (Bangladesch), bevor er in verschiedenen Ministerien Bangladeschs tätig war. Nach seiner Pensionierung arbeitete er als Vorsitzender der staatlichen Versicherungsgesellschaft Shadharan Bima, Herausgeber des District Gazetteer, Mitglied der Staatlichen unabhängigen südasiatischen Kommission für Armutsminderung und Vorsitzender der von der Regierung von Bangladesch eingesetzten Nationalen Arbeitsgruppe für Armutsminderung. Heute ist er ausserdem Präsident des Bangladesch-Zentrums für menschliche Entwicklung und Mitglied des Netzwerks Perspektiven für Südasien (Colombo). Er veröffentlichte zahlreiche Bücher und Aufsätze über Verwaltungs-, Management- und Armutsfragen.

Ich trat 1959 in den Staatsdienst ein und studierte an der Verwaltungshochschule und der Akademie für ländliche Entwicklung. In dieser Zeit beschäftigte ich mich mit der Frage, welche Rolle die Beamten in der Verwaltung und in der Entwicklungsarbeit spielen sollten. Die Verwaltungshochschule plädierte für eine stärkere Zentralisierung der staatlichen Verwaltung, also für eine «aktive» Rolle der Behörden und eine «passive» Rolle der Bevölkerung in der Entwicklungsarbeit. Die Akademie für ländliche Entwicklung hingegen setzte sich dafür ein, Entscheidungen nach unten zu dezentralisieren, damit die Menschen zu «aktiven Teilnehmern» am Entwicklungsprozess werden konnten.

Um passive Bauern in Akteure der Entwicklung zu verwandeln, sollte nach Auffassung der Akademie für ländliche Entwicklung dafür gesorgt werden, dass sich Kleinbauern in Verbänden organisieren; dass Darlehen, Bewässerungsprojekte und andere wichtige Inputs auf Ortsebene zugänglich sind; dass Bauern und alle diejenigen, die in der ländlichen Entwicklung tätig sind, eine solide Ausbildung in neuen landwirtschaftlichen Produktionstechniken erhalten und lernen, mit gesellschaftlichen Veränderungsprozessen umzugehen, und dass schliesslich eine steigende landwirtschaftliche Produktion verknüpft wird mit der Ansiedlung von Betrieben, welche die Agrarprodukte dort weiterverarbeiten, wo sie hergestellt werden, nämlich in den ländlichen Gebieten.

Die Akademie ging von der Überzeugung aus, dass Bauern intelligent sind und effizient arbeiten, fähig

sind, Probleme zu sehen, Entscheidungen zu treffen und zu planen. Und dass andererseits die Behörden lernen sollten, von den Bauern zu lernen anstatt zu glauben, Bauern seien dumm und deshalb müsse man ihnen ständig erklären, was sie zu tun haben.

Anfang der 1980er und 1990er Jahre entstanden zwei neuartige Finanzinstitute, die Grameen-Bank und die PSKF, die Mikrokredite an arme Landbewohner in Bangladesch vergaben. Beide entwickelten ihre eigenen Methoden, um sozial mobilisierend zu wirken, und beide verzichteten bei der Vergabe ihrer Darlehen auf die bei den traditionellen Kreditbanken üblichen Sicherheiten. Die Grameen-Bank wurde einige Jahre später zur Bank der Armen, als die Kreditnehmer und Kreditnehmerinnen praktisch alle Anteile der Bank übernehmen konnten. Die PSKF vergibt ihre Kredite für die Armen mittels einer Reihe ausgewählter NROs.

Inzwischen haben die Grameen-Bank, die PSKF und andere NROs bereits Darlehen an rund 12 Millionen Menschen (vor allem Frauen) vergeben. Und fast noch wichtiger: Die Rückzahlungsquote ist mit rund 95 Prozent erstaunlich hoch. In der zweiten Phase des Experiments beantragen nun manche dieser Kreditnehmerinnen höhere Darlehen, die sie für die Gründung von Mikro- und Kleinbetrieben verwenden wollen. Darüber hinaus hat die Regierung von Bangladesch unter der Federführung mehrerer Ministerien Projekte zur Armenförderung anlaufen lassen.

Der Erfolg der Bemühungen kann sich sehen lassen: Arme – vor allem arme Frauen – haben mit Hilfe von Mikrokrediten ihre ökonomischen Indikatoren (Ersparnisse, Investitionen, Einkommen), ihre sozialen Indikatoren (Akzeptanz der Familienplanung, Verbesserung der Gesundheit von Müttern und Kindern, Versorgung mit Trinkwasser und sanitären Anlagen, Alphabetisierungsquote der Erwachsenen, Einschulungsquote der Kinder usw.) und ihre politischen Indikatoren (gesellschaftspolitische Bewusstseinsbildung und Selbstbestimmung) deutlich verbessern können. Ausserdem gelang es in den letzten Jahren einigen dieser Frauen, sich Zugang zu Ämtern in den Gemeindeverwaltungen zu verschaffen. ■

(Aus dem Englischen)



GI Mail / Still Pictures



Was ist richtig?

Unterschiedliche Meinungen sind gut – erst recht, wenn sie konstruktiv zu Lösungen beitragen. Das gilt auch für die Entwicklungspolitik und deren Umsetzung in die Entwicklungszusammenarbeit. Wenn gescheite Köpfe die Vergangenheit aufarbeiten und die Zukunft deuten, müssen auch sie sich der Kritik stellen und Gleichgesinnte suchen. Doch was, wenn auf neue Vorschläge keine Reaktionen erfolgen? So geschehen mit den Ideen des Kopenhagen-Konsensus. Die interessanten Vorschläge einer Wissenschaftler-Gruppe, welche prüfte, was mit 50 Mrd. US-Dollar zusätzlichen Entwicklungshilfegeldern am Nutzen bringendsten zu tun wäre, wurden weder in UNO-Gremien, noch der OECD noch in Entwicklungsbanken aufgenommen und ausgiebig diskutiert. Offenbar war der Bezug zur Realität nicht relevant genug, oder die Millennium-Entwicklungsziele sind so breit akzeptiert, dass daneben wenig Raum für anderes bleibt.

Was aber ist in der Entwicklungszusammenarbeit richtig? Sind es effizient ausgeführte Projekte? Kann nicht auch mit grosser Effizienz das Falsche gemacht werden? Richtig ist, die Wirkung der Programme und Projekte gemessen an den Zielsetzungen zu beurteilen. Zu beachten gilt dabei, dass die Zusammenarbeit partizipativ angegangen und partnerschaftlich entschieden wie auch umgesetzt werden muss. In anderen Worten: Nicht unbedingt jene Hilfe ist die beste oder richtige, die den hehren Ansichten von selbst berufenen Meinungsmachern entspricht.

Das richtige ist, was im Rahmen von gemeinsamen, offen mit den Partnern im Süden oder Osten gestalteten Suchprozessen in Zielen übereinstimmend festgehalten und mit geeigneten Massnahmen umgesetzt wird. Aus solchen Prozessen entstehen gemeinsame Länderprogramme, die ihr eigenes Profil

haben und erfolgreich umgesetzt werden können. Nachfrage und Angebot spielen auch hier, nur ist das Resultat nicht eine Preisbildung wie für normale Marktprodukte, sondern eine Partnerschaft für ein gemeinsam zu erreichendes Ziel. Das Profil der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit ist in seinem Wesen bestimmt von unseren Partnern.

Sicher ist in der Regel eine stärkere Konzentration der Mittel – sprich reduzierte Anzahl Partnerländer – ein Garant für mehr Wirkung. Dies allein genügt aber nicht. Geht es nicht oft eher um die richtige Dosierung? Wenn ich 100 Liter Wasser habe und damit vier junge Bäume zum Wachsen bringe, wird es heissen: Gut so. Was aber, wenn eine genaue Berechnung der für diese Bäume notwendigen Wassermenge für zehn Bäume reicht? Das wäre dann effizienter und wirksamer. Es gäbe wohl dennoch Leute, die ein solches Vorgehen als «Giesskannenprinzip» abtäten.

Die Schweizer Akteure der Entwicklungszusammenarbeit wollen Wirkung mit effizientem Mitteleinsatz erreichen. Sie mögen dabei verschiedene Wege gehen. Es braucht eine Meinungsvielfalt und eine Debatte auch mit Nichtspezialisten über das Richtige in der Entwicklungszusammenarbeit. Dazu sind aber Interesse, ausreichende Information und der Wille zum gegenseitigen Verständnis eine Voraussetzung. ■

Walter Fust
Direktor der DEZA

Lokale Warnsysteme mit globalem

Entscheidende Mitarbeit der DEZA

Seit die Schweiz Vollmitglied der Vereinten Nationen ist, spielt sie bei manchen Zusammenkünften – unter anderem dort, wo es um die internationale Koordinierung der humanitären Hilfe geht – eine zunehmend aktive und einflussreiche Rolle. So hat zum Beispiel an der Weltkonferenz für Katastrophenvorsorge von Januar 2005 in Kobe der stellvertretende Leiter der Humanitären Hilfe der DEZA, Marco Ferrari, jenen Ausschuss geleitet, der die Schlusserklärung und vor allem den sogenannten Hyogo-Aktionsplan für die Jahre 2005 bis 2015 redigierte. Nach fünftägiger und teilweise sehr lebhafter Debatte einigte sich dieser Ausschuss auf einen Kompromiss, der die Zustimmung aller Beteiligten fand. Das Aktionsprogramm soll als Fahrplan dienen und setzt Rahmenbedingungen für die konkreten Massnahmen, die in den kommenden zehn Jahren zu treffen sind, um gefährdete Bevölkerungsgruppen vor Naturgewalten zu schützen. Schwerpunkte des Programms sind Katastrophenvorsorge, nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung.



Alan Wicht / DEZA (3)

Der verheerende Tsunami vom 26. Dezember 2004 hat gezeigt: Es fehlen noch immer genügend Warnsysteme, die die Auswirkungen von Naturkatastrophen begrenzen können, weil sie für viele Länder unerschwinglich sind. Es gibt jedoch einfachere und billigere Warn- und Präventionstechniken, die Tausenden von Menschen das Leben retten können. Von Jean-Philippe Jutzi*.

Deutlicher als jede andere Naturkatastrophe hat uns der Tsunami vor Augen geführt, wie überlebenswichtig Prävention für den Schutz der in Gefahrenzonen lebenden Menschen ist. Die Flutwelle verwüstete die Küsten Südasiens und forderte rund 300 000 Menschenleben. In den Tagen nach der Tragödie wiesen kritische Stimmen darauf hin, dass in einigen Ländern nicht einmal die elementarsten Präventionsmassnahmen vorhanden gewesen seien. Der internationalen Gemeinschaft wurde vorgeworfen, sie habe nicht dafür gesorgt, dass im Indischen Ozean ein Warnsystem wie das im Pazifik installiert wurde.

Während die zerstörerischen, fast apokalyptischen Bilder dieser Katastrophe noch um die Welt gingen, versammelten sich vom 18. bis 22. Januar 2005 Tausende von Experten, Wissenschaftlern und hochrangigen Regierungsvertretern in einem luxuriösen Konferenzzentrum im japanischen Kobe, um

über Katastrophenschutz und Prävention von Naturgefahren zu beraten. Die seit langem geplante Konferenz sollte zehn Jahre nach dem Erdbeben von Kobe Bilanz ziehen. Die furchterlichen Folgen des Tsunami trugen dazu bei, dass die Konferenz im Rampenlicht der Öffentlichkeit stand und die Delegierten besonders motiviert waren, Lösungen zu finden.

Konkrete Ziele und Termine gefordert

Trotz all ihrer Kompetenzen ist es den Experten in der kurzen Zeit nicht gelungen, die wundersame Lösung zu finden. Sie nahmen eine Schlusserklärung und einen Aktionsplan für die Jahre 2005 bis 2015 an, doch diese Texte sind lediglich ein Ausgangspunkt, eine Art Katalog, der Handlungsmöglichkeiten aufzeigt und Projekte skizziert. Denn die Prävention und Reduzierung von Gefahren kann sich nicht auf technische Vorkehrungen wie etwa

Hintergrund

die Einrichtung von Frühwarnsystemen beschränken.

Dies wäre zum Beispiel auf der indonesischen Insel Sumatra bei weitem nicht ausreichend gewesen, da die Riesenwellen schon eine halbe Stunde nach dem Seebeben auf die Westküste der Insel aufschlugen. In so kurzer Zeit wäre es nicht möglich gewesen, Hunderte von Ortschaften und Hunderttausende von Menschen zu evakuieren.

Die Konferenz von Kobe machte deutlich, dass Naturkatastrophenprävention und -vorsorge einen umfassenderen Ansatz erfordern. Sie dürfen nicht mehr ausschliesslich Aufgabe von Behörden und Experten sein, sondern müssen zur Sache aller werden. Die gesamte Bevölkerung, einschliesslich des Privatsektors und aller Bürgerinnen und Bürger, müssen sich verantwortlich fühlen. Dies erfordert die Einführung neuer Mechanismen. Verbessert werden müssen insbesondere die Aufklärung der Bevölkerung, die Informationsarbeit und der Austausch von Daten. Auf Einladung der DEZA und der Internationalen Katastrophenvorbeugungsstrategie (ISDR) fand im Februar in Genf eine Folgekonferenz statt. Nun sollen in einem Fahrplan konkrete Ziele formuliert und Termine für die geplanten Massnahmen festgesetzt werden.

Die Einrichtung von Warnsystemen ist höchst komplex und erfordert ausserordentlich umfangreiche Investitionen. Der Direktor der ISDR, Sálvano Briceño, wird nicht müde darauf hinzuweisen, dass



durchaus genügend Wissen und Kapazitäten vorhanden sind, dass es aber an Koordination, Kontrolle und Aufarbeitung der getroffenen Massnahmen sowie einer stabilen Finanzierung der ISDR mangelt. Seine Botschaft an die Geldgeber und die Staatengemeinschaft ist unmissverständlich: Gerade jetzt keine Senkung der Beiträge!

Warnung via Radio oder Moscheen

Kobe zeigte, dass es technische Lösungen gibt. Die Japaner verfügen dank ihrer Erfahrungen mit Naturkatastrophen über hervorragendes Know-how im Bereich des Katastrophenschutzes. Sie haben beispielsweise ein System aufblasbarer Kolben entwickelt, die weit vor der bedrohten Küste im Meeresboden verankert werden. Bei Flutwarnung richten sie sich zu einer gigantischen Barriere auf, an der die Welle bricht, bevor sie die Küste erreicht. Was diejenigen westlichen Länder anbetrifft, in denen es häufig Erdbeben oder Erdbeben gibt, so haben auch sie entsprechend wirkungsvolle Techniken entwickelt. Allerdings erfordern sie Investitionen, welche sich Entwicklungsländer nicht leisten können.

Am sinnvollsten erscheint es daher, Warnsysteme einzurichten. Dazu braucht man durchaus nicht so viele Sirenen wie in der Schweiz. Mit dem Radio oder in muslimischen Ländern auch den Lautsprechern der Moscheen ist die gesamte Bevölkerung zu erreichen. In Verbindung mit einfachen und auf die jeweiligen Zielgruppen zugeschnittenen Informationen können solche Warnsysteme zahlreiche Menschenleben retten. ■

**Jean-Philippe Jutzi ist Sprecher der Humanitären Hilfe der DEZA. Er nahm an der Weltkonferenz für Katastrophenvorbeugung teil, die im Januar 2005 in Kobe (Japan) stattfand.*

(Aus dem Französischen)

Globale Strategie

Umweltschutz darf nicht ein Luxus sein, der den reichen Ländern vorbehalten ist. Auch für Entwicklungsländer ist er unverzichtbar, selbst dann, wenn sie nicht über die dafür erforderlichen Mittel verfügen. Nur internationale Solidarität wird es ermöglichen, diese globale Herausforderung anzunehmen. Manche Naturkatastrophen werden weitgehend durch den Menschen verursacht, so etwa die Entwaldung, die Wasserverschmutzung oder der Treibhauseffekt. Diese unheilvollen Entwicklungen sind aber nicht unvermeidlich. Die von der UNO im Jahr 2000 festgelegten acht Millennium-Entwicklungsziele zeigen, was zu tun ist. Zunächst müssen die extreme Armut und der Hunger weltweit verringert werden. Sodann müssen die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung überall innerstaatlich umgesetzt werden. Und schliesslich muss in aller Welt die Trinkwasserversorgung sichergestellt werden. Selbst wenn es auf den ersten Blick nicht erkennbar ist: Nur die enge Verknüpfung von Katastrophenschutz, Armutsverringerung, Bildung und Umweltschutz ergibt eine sinnvolle globale Strategie.



Atem raubendes Santiago

Unter den lateinamerikanischen Metropolen leidet Santiago de Chile – neben Mexico City – unter der grössten Luftverschmutzung. Besonders schädlich ist der lungengängige Feinstaub. Nun sollen, mit Unterstützung der DEZA, Partikelfilter für die Dieselmotoren der städtischen Busse Abhilfe schaffen.



Rob Cousins / Panos / Strates

Tausendmal mehr Feinstaub

Was Katalysatoren für Benzinfahrzeuge, sind Partikelfilter für Dieselfahrzeuge. Partikelfilter können bis zu 99 Prozent des krebserregenden Dieselschluffs zurückhalten. Dieselmotoren stossen zwar rund 12 Prozent weniger Kohlendioxid (CO₂) aus, jedoch dreimal mehr Stickoxide und bis zu tausendmal mehr lungengängige Dieselpartikel als vergleichbare Benzin-Personenwagen. Die Einführung der Partikelfilter für Dieselfahrzeuge ist deshalb eine zentrale Forderung verschiedenster Umweltverbände. Weltweit sind heute bereits 500 000 Dieselpersonenwagen mit Partikelfiltern in Betrieb.

(mr) Santiago de Chile in den frühen Morgenstunden. Erste, milde Sonnenstrahlen hüllen die Hauptstadt Chiles in ein warmes Licht. Der Hausberg Cerro San Cristobal bietet eine atemberaubende Aussicht auf die 6,5-Millionen-Metropole. Doch nicht immer ist die Sicht klar. Insbesondere im Winter hängt oft tagelang eine immense Smog-Glocke über der Stadt.

Rund 40 Prozent der Bevölkerung Chiles wohnen in der Hauptstadt. Praktisch der gesamte öffentliche Nahverkehr wird mit Bussen abgewickelt, über 7700 Busse sind täglich auf den Strassen der Stadt unterwegs. Die Metro deckt mit ihren drei Linien nur einen Bruchteil des öffentlichen Verkehrs ab. Besonders beunruhigend ist die Überschreitung der Grenzwerte für Feinstaub, insbesondere der krebserregenden Dieselschluffpartikel. Hauptursache dieser gefährlichen Emissionen sind die Dieselmotoren der städtischen Busse. Messungen haben ergeben, dass rund 25 Prozent der Dieselschluff-Emissionen, allein von der städtischen Busflotte herrühren.

Partikelfilter für bessere Luft

«Die lokalen Behörden haben den Ernst der Situation erkannt und arbeiten seit mehreren Jahren daran, mit einem neuen Verkehrskonzept die Umweltverschmutzung zu reduzieren», erklärt Partikelfilter-Experte René Grossmann, der das Projekt beratend begleitet. Im Rahmen dieses Verkehrskonzeptes soll die Busflotte auf 5500 modernere und grössere Busse reduziert werden und mit so genannten Partikelfiltern ausgerüstet werden.

Diese Filter halten 99 Prozent der Dieselschluffpartikel zurück. Nur Busse, die die Umweltauflagen erfüllen, sollen an der Vergabe der auf 2005 neu geplanten Konzessionen der Buslinien teilnehmen können. Laut Schätzungen des Experten werden deshalb im laufenden Jahr gut 3000 bis 4500 Busse mit Partikelfiltern nachgerüstet. Ziel des von der DEZA unterstützten Projektes ist, die gefährlichen Feinstaubemissionen um rund 25 Prozent zu reduzieren. «Im nächsten Jahr», so hofft René Grossmann, «soll kein Smog-Alarm mehr nötig sein.» ■

Neue Sektion der humanitären Hilfe

(juj) Seit Anfang 2005 verfügt der Bereich Humanitäre Hilfe der DEZA über eine weitere geografische Sektion: Die NONA ist für den Nahen Osten und Nordafrika zuständig. Mit der Einrichtung dieser operativen Sektion ist kein zusätzlicher personeller oder finanzieller Aufwand verbunden; es handelt sich lediglich um eine interne Umstrukturierung, die die Flexibilität erhöhen und die Aufgabenverteilung unter den Sektionen besser gewichten soll. Unter der Leitung von Barbara Dätwyler und ihrer Stellvertreterin Burgi Roos sind in der neuen Sektion vier Programmbeauftragte und drei Verwaltungsassistentinnen tätig. Die Sektion NONA ist für den

Maghreb, Ägypten, Israel, Jordanien, den Libanon, Syrien, die Türkei, Irak, Iran und die arabische Halbinsel zuständig. Sie befasst sich unter anderem mit dem komplexen Dossier der humanitären Hilfe für die palästinensischen Flüchtlinge im Westjordanland, in Gaza, Jordanien, Syrien und im Libanon. Ausserdem hat sie das Dossier «Prävention und Vorsorge» übernommen, das im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz voraussichtlich eine immer wichtigere Rolle spielen wird. Denn gerade Regionen wie die Türkei, Iran und der Maghreb werden häufig von schweren Erdbeben heimgesucht.

Gleiche Chancen für Frau und Mann

(abb) Den Frauen gehört nicht

nur die Hälfte des Himmels, sie sollen in der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe auch eine ebenbürtige Rolle spielen. Dies aus Gründen der gerechten Berücksichtigung beider Geschlechter, aber auch aus der Überzeugung, dass die Sichtweisen und Lebensrealitäten der Frau in der Arbeit der DEZA besser einbezogen werden sollen. In der Chancenförderungspolitik von 1997 verpflichtete sich die DEZA zur Frauenförderung mit dem Ziel der paritätischen Vertretung von Frauen und Männern als Programmbeauftragte, der Förderung der Frauen im Kader, der Unterstützung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Entwicklung einer Unternehmenskultur, in der Gleichstellung von Frauen und Männern gelebt wird. Die quan-

titativen Zwischenziele der Chancenförderung wurden zu einem grossen Teil erreicht. Heute sind knapp 40 Prozent der Programmbeauftragten Frauen, drei von zehn Direktionsmitgliedern sind weiblich. Beim unteren Kader (stellvertretende Sektionschefinnen) wurden die Vorgaben sogar übertroffen. Die grosse Herausforderung ist das obere Kader: Die DEZA hofft, dass durch die Chancenförderung an der Basis in wenigen Jahren die weiblichen Kader auch auf Stufe Sektionschefin und Koordinatorin zunehmen werden.

Was eigentlich ist... Pro Poor Growth?

(bf) «Pro Poor Growth» steht für armutsorientiertes Wachstum. Der Begriff ist insbesondere im Zusammenhang mit den Millennium-Entwicklungszielen aufgekommen, mit denen bis 2015 unter anderem auch die Reduktion der absoluten Armut und des Hungers um die Hälfte anvisiert wird. «Pro Poor Growth» steht deshalb auch für die Suche nach einer expliziten Strategie zur Bekämpfung der Armut, die wachstumspolitische Massnahmen mit spezifischen Eingriffen zugunsten armer Bevölkerungsschichten verbindet.

Die DEZA versteht das Wirtschaftswachstum einerseits dann als armutsorientiert, wenn das durchschnittliche Einkommen der Armen stärker zunimmt als das Durchschnittseinkommen der nicht armen Bevölkerung, somit die Einkommensunterschiede abnehmen. Andererseits ist das Wachstum dann armutsorientiert, wenn die Armen in absoluten Zahlen profitieren – diese Definition zieht allerdings bloss das Einkommen der Armen in Betracht, die ungleiche Verteilung wird dabei nicht berücksichtigt.

Bei der Ausarbeitung von Strategien zur Armutsreduktion legt die DEZA besonderen Wert auf den Zusammenhang von Armut, Wachstum und Umverteilungsfragen. Arme – per Definition solche, die mit weniger als 1 Dollar pro Tag auskommen müssen – sind nämlich einerseits abhängig von der Wirtschaft und deren Wachstum und andererseits von der Vermögensverteilung innerhalb der Gesellschaft. Wenn das durchschnittliche Einkommen in einem Land steigt und die Verteilung gleich bleibt, kommt ein bestimmter Bevölkerungsanteil aus der Armut heraus. Dasselbe geschieht, wenn Einkommen nach unten verteilt wird. Neben die-

sen direkten Auswirkungen gibt es auch indirekte: Wirtschaftswachstum kann die Umverteilung zur Armutsreduktion erleichtern. Und eine gerechtere Verteilung kann die Anreize, für Wirtschaftswachstum zu sorgen, begünstigen. Um diese zu erreichen, muss grundsätzlich der Frage des Zugangs etwa zu Arbeit, Kapital, Bildung oder Gesundheit grosse Aufmerksamkeit geschenkt werden, da dieser Zugang einen wichtigen Teil der Umverteilungsmechanismen darstellt.



Welt / STERN / juj

Wie zusammenarbeiten, wenn



Stanley Greene / Agence VU

Süd-Sudan

Immer mehr Länder verstricken sich in einen Teufelskreis aus Armut, Unsicherheit und Gewalt. Weltweit sucht man nach neuen Konzepten und Strategien, um in solch «fragilen Staaten» künftig effizienter und nachhaltiger helfen zu können. Von Gabriela Neuhaus.

Sind schwache Staaten noch zu retten?

«Sicherheit macht noch keinen funktionierenden Staat, aber ohne Sicherheit kann ein Staat schwerlich funktionieren. (...) Die Diplomatie, die Sicherheitspolitik, die klassische Entwicklungspolitik, die Demokratieförderung und die Konfliktprävention bieten ein breites Spektrum der Instrumente, die jedoch der Anpassung an die Aufgaben der Verhinderung des Staatszerfalls und des Wiederaufbaus zerfallener Staaten bedürfen.»

Stefan Mair, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit engagiert sich seit über vierzig Jahren in Nepal. In den letzten Jahren ist die Arbeit immer schwieriger geworden. Die politische Situation hat sich dramatisch verschlechtert. Jüngstes Kapitel in der Geschichte der schwachen und ständig wechselnden Regierungen: Der König hat sich im Februar an die Macht geputscht und den Ausnahmezustand verhängt. Das Versagen des Staats führte dazu, dass seit Mitte der 1990er Jahre maoistische Rebellengruppen grosse Teile des Landes unsicher machen. In Nepal schwelt ein Bürgerkrieg, der bereits über 10 000 Todesopfer gefordert hat.

In einem solchen Kontext stellt sich die Frage nach der Rolle von Entwicklungszusammenarbeit wesentlich pointierter als in einem armen Land, das zumindest über eine einigermaßen funktionierende Staatsmacht verfügt. Die Kernfrage, an der

sich die Geister scheiden: Kann Entwicklungszusammenarbeit einen Beitrag zur Konfliktlösung leisten, oder ist die Lösung des politischen Konflikts eine Voraussetzung für effektive und nachhaltige Armutsbekämpfung?

Ein konsequentes Festhalten an der Forderung nach «guter Regierungsführung» als Voraussetzung für Entwicklungszusammenarbeit würde bedeuten, dass Nepal vorläufig keine langfristig ausgerichtete Unterstützung mehr erhielte. Demgegenüber kommt eine Studie der Weltbank zum Schluss, dass gerade solche Länder mehr Hilfe bräuchten als andere.

Spätfolgen des Kolonialismus

Weltweit laufen rege Diskussionen darüber, wie in so genannt «fragilen Staaten» Hilfe geleistet werden kann. Denn Nepal ist kein Einzelfall. Immer mehr Länder gleiten in einen Zustand ab, in dem der

die Staatsmacht fehlt?

Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern keine Sicherheit mehr bietet. Die Elfenbeinküste, welche lange als afrikanisches Musterland gegolten hatte, der Kongo, Sudan, Kolumbien oder Afghanistan sind nur einige wenige Beispiele, die infolge ihrer instabilen Lage als «schwierige Partner» gelten.

«Diese Länder verfügen in der Regel über schwache staatliche Institutionen. Dabei haben wir es oft mit Spätfolgen des Kolonialismus zu tun», sagt Günther Bächler, Leiter der Sektion Konfliktprävention und Transformation bei der DEZA. Der Zusammenbruch von Diktaturen, das Auseinanderdriften von Staats- und Nationenbildung, starke Partikularinteressen von Bevölkerungsgruppen, Machtkämpfe zwischen Eliten, Bürgerkriegs- und Nachkriegssituationen – immer kombiniert mit endemischer Armut – führen zu explosiven Situationen.

Die Menschen sind von Gewalt bedroht, ständig herrscht latente Kriegsgefahr. Solche Voraussetzungen erschweren oder verunmöglichen klassische Formen von Entwicklungszusammenarbeit, die auf langfristiger Planung basiert. «Ein Hauptproblem, mit dem staatliche Entwicklungsagenturen wie die DEZA konfrontiert sind, ist die Frage nach der Definition von Partnerschaft, wenn es keine Regierung gibt, mit der man zusammenarbeiten kann», hebt Günther Bächler ein Haupt-



Philip Blenkinsop / Agence VU

Nepal

problem bei der Arbeit mit fragilen Staaten hervor. Bis heute beschränkt man sich in solch heiklen Situationen meist darauf, die betroffene Bevölkerung mit Nothilfemassnahmen wie der Lieferung von Nahrungsmitteln oder Zelten für Flüchtlingslager sowie medizinischer Versorgung zu unterstützen. Diese humanitäre Hilfe ist an keine politischen Konditionen gebunden, ihnen fehlt in der Regel

Ein Thema – viele Namen

Die Gruppe jener Entwicklungsländer, deren Staatsapparat geschwächt oder völlig funktionsunfähig ist, nimmt zu. Das Problem ist erkannt und wird heute auch entsprechend breit auf internationaler Ebene diskutiert, wobei sehr viele unterschiedliche Begriffe verwendet werden: Was in der EU und auch in der Schweiz unter dem Schlagwort «fragile Staatlichkeit» oder «fragile Staaten» läuft, wurde von der UNO unter dem Titel «Transition Issues» lanciert, die OECD spricht von einer nicht bestimmten Anzahl von «schwierigen Partnerländern» (difficult partnership countries), während die Weltbank von einer definierten Länderliste von «Ländern mit geringem Einkommen unter Stress» (low income countries under stress) ausgeht. Diese unterschiedlichen Umschreibungen widerspiegeln die aktuelle Situation: Das Konzept der fragilen Staatlichkeit hat zurzeit noch keine festen Konturen, mangels aufgearbeiteter Erfahrungen gibt es auch (noch) keine kohärente Strategie, wie diese Problematik angegangen werden kann.



Afghanistan



Paul Harrison / Still Pictures

Kolumbien

Staat und Globalisierung

Globalisierung ist nicht gleichbedeutend mit Bedeutungsverlust des Staates. Der Staat ist ganz im Gegenteil «ein Kind der Globalisierung», und unter dem Deckmantel von Liberalisierung und Privatisierung gewinnt er an Autorität. Im Gegenzug zu den Thesen der Neoliberalen und der Globalisierungskritiker formuliert Jean-François Bayart in seinem neuen Buch eine vollkommen neue «politische Kritik der Globalisierung», wie der Untertitel des Buchs lautet. Der französische Forscher, Staatsrechtler und Spezialist für Rechtsvergleichung vertritt die Auffassung, dass der «schwache Staat» oder der «gescheiterte Staat» imaginäre Konzepte sind, die im Zuge der Globalisierung entstanden sind. Die eigentliche Frage, um die es heute gehe, sei die der Privatisierung des Staates. *«Le gouvernement du monde. Une critique politique de la globalisation»* von Jean-François Bayart, Paris, Fayard, 2004

aber die Nachhaltigkeit, wie sie in der Entwicklungszusammenarbeit angestrebt wird.

Jörg Frieden, Leiter des DEZA-Kooperationsbüros in Katmandu, umschreibt die Gefahr einer Reduktion auf Nothilfe in Nepal wie folgt: «Der offen ausgebrochene Konflikt hat die Not der Armen in den ländlichen Gebieten noch vergrößert und neue verwundbare Gruppen geschaffen. Traditionelle Überlebensmechanismen und soziale Strukturen funktionieren aber nach wie vor: Nothilfe würde in dieser Situation mehr schaden als nützen. Unmittelbare Hilfe, die Verteidigung der Menschenrechte sowie Konfliktmilderung sollten deshalb in umsichtiger Entwicklungszusammenarbeit angestrebt werden, die sowohl kurzfristigen Bedürfnissen gerecht wird, wie sich auch langfristigen Herausforderungen stellt.»

Suche nach neuen Strategien

Die internationale Gebergemeinschaft ist sich darin einig, dass Länder in einer sogenannten «Transitions-Situation» zwischen Krieg und Frieden eine besondere Herausforderung darstellen, die zusätzliches Engagement, neue Instrumente und vermehrte internationale Koordination erfordert. Mitte Januar wurde in London an einem Forum zum Thema «Wirksamkeit von Entwicklung in fragilen Staaten» über künftige Strategien diskutiert. Dabei wurde festgehalten, dass Nothilfe eine wichtige Basis für spätere Entwicklung darstellt, dass aber langfristige Verpflichtungen (bis zu zehn Jahren) unumgänglich seien, um fragilen Staaten nachhaltig zu helfen. Besonders heikel ist die Gratwanderung zwischen der Anerkennung und der Stärkung eines bestehenden Staates bei gleichzeitiger Forderung nach «guter Regierungsführung». Wo sich die einstige

Staatsmacht in verschiedene Macht- und Interessensgruppen zersetzt hat, kommt man nicht darum herum, die aktuelle Situation in die Arbeit und Planung vor Ort miteinzubeziehen. «Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen lokalen Partnern ist in fragilen Ländern noch wichtiger als sonst – dabei muss man enorm flexibel sein und sofort auf Veränderungen reagieren können», sagt Günther Bächler.

Es gibt kein allgemein gültiges Rezept, wie in fragilen Staaten vorgegangen werden soll, da sich jede Situation anders präsentiert. Es gibt aber Probleme, die überall wieder auftauchen, so zum Beispiel die Abwanderung fähiger Leute. Im Südsudan etwa wird ein Grossteil der Aufbauarbeit momentan in Zusammenarbeit mit kenianischen Partnern geleistet, da die gebildeten Südsudanesen alle weg sind. Um solche Probleme langfristig anzugehen, müsste in fragilen Situationen zum Beispiel die Ausbildung vor Ort so rasch als möglich verstärkt gefördert und unterstützt werden.

Heikle Transition

Fragile Staaten zeichnen sich durch ein hohes Konfliktpotenzial aus. Entsprechend zentral ist bei der Arbeit in solchen Kontexten, dass alle möglichen Konsequenzen von Nothilfe wie auch von längerfristiger Entwicklungszusammenarbeit bedacht werden.

Die Gefahr, dass mit gut gemeinten Massnahmen Schaden angerichtet wird, ist gross. «Man muss politischer arbeiten, in vielen Fällen wird das bereits gut gemacht. Heute verfügen wir über eine verbesserte Kontextanalyse, indem wir die politischen Veränderungen in unseren Partnerländern dauernd beobachten. Was noch fehlt, ist eine Strategie für den Übergang von Nothilfe zu Entwicklungszusammenarbeit», sagt Günther Bächler.

Dies wird auch auf internationaler Ebene gefordert, so bezeichnet etwa die EU diesen Übergang als eine der dringlichsten Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft. Norwegen hat neben der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit als dritten Bereich die Transition eingeführt. Ähnliches wird bei der DEZA geprüft: Sie hat die Frage nach dem Umgang mit fragilen Staaten für 2005 ganz oben auf ihrer Prioritätenliste. Dabei geht es unter anderem darum, in enger Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, künftige Handlungsstrategien festzulegen und abzuklären, ob «fragile Staatlichkeit» zu einem neuen eigenen Geschäftsbereich werden könnte. ■

Frauen sei Dank

Die afrikanischen Frauen sind die Wirbelsäule, das Rückgrat, das Kopfkissen, die Fussbank, die Brust und der Arm des Kontinents. Sie sind überall. Auf den Märkten und auf den Feldern, in den Fabriken, Bussen, Flugzeugen und Buschtaxis, mit dem Fahrrad oder zu Fuss auf den Landstrassen. Früher war es nach der traditionellen Rollenverteilung ihre Aufgabe, für die Ernährung, Erziehung und Kleidung der Familie zu sorgen. Damit war es für sie selbstverständlich, sich mit Entwicklungsaufgaben zu beschäftigen um den Alltag sicherzustellen. Die Kolonialherren und ihr allgemein rückständiges Frauenbild – inklusive gegenüber ihren eigenen Ehefrauen – sorgten dafür, dass auch die afrikanischen Frauen in den Hintergrund gedrängt wurden. Bei uns ist die Frau für die Erziehung verantwortlich und vermittelt den Kindern traditionelle Werte wie Ehrgefühl, Würde und Moral. Infolgedessen hat sie erhebliches Gewicht in der Familie. Als die Kolonialherren das erkannten, unternahmen sie alles, um die Frauen zu isolieren, fürchteten sie doch ihren Widerstand gegen die Anwesenheit der Fremden auf dem Kontinent.

Man denke nur an den Widerstand, den die Frauen aus Nder im Norden Senegals und anderen Teilen Afrikas gegen die Sklaverei geleistet haben. In den Befreiungsbewegungen ihrer Länder und nicht zuletzt im Kampf gegen die Apartheid in Südafrika spielten die Frauen eine grundlegende



Cordula Kropke / agenda (3)

Rolle. Nachdem die Staaten unabhängig geworden waren, hatten mehr Frauen Zugang zu Schulbildung, was zu einer spürbaren politischen, menschenrechtlichen und gewerkschaftlichen Bewusstseinsbildung führte. Im Verlauf der 1980er Jahre waren es ausgerechnet die verheerenden Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, die den Frauen zu einer Wiederbelebung ihrer früheren Rolle verhalfen. Diese Programme hatten Entlassungen, Lohn- und Einstellungsstopps sowie einschneidende Kürzungen der Ausgaben für Bildungs- und Gesundheitswesen zur Folge. Zahlreiche Akademiker wurden arbeitslos. Männer, die nach dem Vorbild der Kolonialherren im Nadelstreifenanzug und mit Aktenkoffer auftraten, sassen zu Hause herum. Also krepelten die Frauen ihre Ärmel hoch, um dem Kontinent wieder auf die Beine zu helfen. Ihre Kraft verdanken sie ihrer traditionellen Rolle als Mütter, Ehefrauen, Erzieherinnen und Hüterinnen der alten Werte.

Afrika überlebt dank seiner Frauen. Von Senegal bis zum Horn von Afrika, von Djerba bis zum Kap haben sie dafür gesorgt, dass dieser Kontinent nicht untergegangen ist, dass er die Sklaverei, die Kolonisation, den Neokolonialismus und die Plünderung seiner Ressourcen überstanden hat. Die berühmten «Nanas Benz», «Mamans Benz» und andere Händlerinnen sind der Motor fast aller Volkswirtschaften am Golf

von Guinea. Sie beherrschen einen Grossteil des Stoffhandels in Westafrika – womit sie auch Arbeitsplätze in Fabriken in der Schweiz, Österreich, Deutschland, Grossbritannien, China, Indonesien und anderen Ländern sichern. Sowohl die grossen Frachtschiffahrtsgesellschaften als auch Maklerfirmen und Versicherungen verdienen an ihnen. Sie sind es, die vielen jungen Afrikanern und Afrikanerinnen, die heute den wirtschaftlichen und den intellektuellen Eliten ihrer Länder angehören, ein Studium in Afrika oder auch in Kanada, Frankreich, den USA oder der Schweiz finanziert haben. Niemand kennt sie und doch waren sie es, die sich dem Todesurteil Afrikas widersetzen. Und allen Klischees und Vorurteilen zum Trotz sind sie diejenigen, die wissen, was zu tun ist.



Das Jahr 2005 ist von den auf dem Kontinent und im Ausland lebenden Afrikanern zum «Jahr Afrikas» ausgerufen worden, und dieses Jahr sollte der Stärke der afrikanischen Frauen gewidmet werden. Die Frauen sind auf allen Ebenen präsent. Sie bewegen diesen Kontinent. Und sie tun es mit einem Lächeln. Selbst wenn wir ihnen einen Tag widmen (der nicht einmal ein arbeitsfreier Feiertag ist) oder ein internationales Jahr oder sogar eine Dekade – wir werden ihnen damit nicht gerecht. Das ganze Leben müssten wir ihnen widmen, den Frauen hier und anderswo, denn *No woman, no cry!* ■

(Aus dem Französischen)



Doris Pakietowski

Ken Bugul wurde 1947 als Mariétou Mbaye Bileoma in Senegal geboren. Ihr Pseudonym Ken Bugul bedeutet in Wolof «Niemand will sie haben». Sie studierte in Senegal und Belgien. Seit 20 Jahren lebt sie mit ihrer Familie in Porto Novo in Benin, wo sie als Schriftstellerin tätig ist. Sie hat sechs Romane veröffentlicht, darunter «Rue Félix-Faure» (Editions Hoebeke), der diesen Frühling erschienen ist, sowie «Riwan ou le Chemin de Sable» (Edition Présence Africaine, Paris), der 1999 mit dem Grand Prix Littéraire de l'Afrique Noire ausgezeichnet wurde. Auf Deutsch liegt von ihr der Roman «Die Nacht des Baobab» (Unionsverlag Zürich) vor. Neben ihrer schriftstellerischen Tätigkeit arbeitete sie während zehn Jahren für internationale Entwicklungsorganisationen, betreut Schreibateliers für Menschen aus benachteiligten Milieus und betätigt sich als Kunst- und Kulturhändlerin.

Zwischen Turbo-Folk



KULTUR

Ob experimentelle elektronische Musik, überkommerzieller Turbo-Folk oder avantgardistische «Neue Slowenische Kunst» – in Südosteuropa gibt es eine dynamische, vielfältige und überraschende Musikszene zu entdecken, die weit über die bei uns noch am ehesten bekannten Zigeuner-Kapellen hinausgeht. Von Thomas Burkhalter*.

«Wir liegen genau in der Mitte zwischen London und Istanbul», pflegen die Musikerinnen und Musiker von Belgrad bis Ljubljana zu sagen. Dieses Dazwischen-Sein hat Konsequenzen: Balkan-Musiker richten sich stilistisch gegen Westen oder Osten aus und drücken damit bestimmte Lebenshaltungen aus. Der eine produziert Techno und schielt nach Berlin, Wien und

London, die andere kopiert Popsongs aus der Türkei und verpasst ihnen das lokale Kolorit des «Turbo-Folk». Die Rock- und DJ-Szene ist bestens über die subkulturellen Strömungen in Westeuropa informiert, und die Partyszene tanzt in den Popdiscos stilechter zu orientalischer Popmusik als die Orientfreunde in London und Zürich. Aber: Wer *dazwischen*

lebt, gehört nirgends richtig dazu. Und so klingt die musikalische Vielfalt Ex-Jugoslawiens nur selten über die Grenzen des Balkans hinaus.

Superkulturelle Popmusikszenen

Die alles dominierende «Superkultur» des Balkan ist die kommerzielle ex-jugoslawische Popmusik. Videoclips und

Werbespots mit Popsternen flimmern rund um die Uhr in die Wohnstuben. In Belgrad hiess die Popmusik während der Kriegsjahre unter Milosevic Turbo-Folk.

Fast alle Starsängerinnen des Genres waren mit Mafiabossen liiert. Svetlana «Ceca»

Raznatovic, die Königin der Sparte, heiratete den berüchtigten «Arkan», Kriegsverbrecher und Anführer der Tiger-Miliz. Nach der Ermordung des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjic verbrachte die Starsängerin vier Monate hinter Gittern – der Mordhauptverdächtige soll in ihrer Villa ein- und ausgegangen sein.

Heute will der Turbo-Folk sein nationalistisches Image loswer-

und Laptop



den. Die Musik klingt stärker nach MTV und weniger folkloristisch. Mit überraschendem Erfolg: Stars wie Jelena Karleusa, die in den 1990er Jahren Partnerin eines bekannten Drogendealers und Autoschmugglers war, finden heute auch in Bosnien und Kroatien ein Publikum. Umgekehrt sind Retortenpop, Techno und Kommerzrock der grossen Idole aus Kroatien, Bosnien und Mazedonien auch in Belgrad äusserst beliebt.

In Musikkreisen ist der Balkan aber vor allem für seine starken Subkultur- und Nischen-Szenen bekannt: für den Underground-Rock, die avantgardistische «Neue Slowenische Kunst» (NSK), die vielfältigen Elektro-

und Technoszenen, aber auch für die Zeitgenössische E-Musik. Die alternativen Populärmusik-szenen florieren vor allem in den 1980er Jahren. Während der Kriegsjahre wurde ihr grosser gesamtjugoslawischer Markt allerdings drastisch eingeschränkt. Plötzlich waren die Musiker stärker auf die Gelder der internationalen Nichtregierungsorganisationen angewiesen. Mit dem Kriegsende zogen viele der internationalen Geldgeber ab, so dass sich etwa das unabhängige Radio B92 heute in der freien Marktwirtschaft kommerzieller ausrichten muss: «Früher kämpften wir gegen das Regime, heute für Sponsorengelder», fasst B92-Urgestein Gordan Paunovic die Entwicklung zusammen.

«Nationalismus interessiert hier niemanden»

Für die noch im Balkan lebenden Subkulturmusiker – viele sind im Krieg emigriert – geht es heute darum, neue Produktionsstrukturen aufzubauen, um ihren ehemaligen Markt zurückzugewinnen. Wichtig sind dabei kleinere Kulturzentren wie «KSET» in Zagreb oder «Metelkova» in Ljubljana. Alternative Jugendrادیs versuchen gegen die alles dominierenden nationalen und staatlichen Medien anzukommen. Gleichzeitig arbeiten kleinere Labels und Musiker-netzwerke kräftig daran, die Subkulturszenen der Region wieder aufleben zu lassen. In Bosnien-Herzegowina unterstützt das von der DEZA und

der Pro Helvetia gemeinsam geführte «Schweizer Kulturprogramm Südosteuropa und Ukraine» (SCP) das CD-Label «Gramofon». Das Label veröffentlicht Urban Music und Jazz, aber auch Zeitgenössische Musik – vor allem die Produktionen von Sonemus, einer unabhängigen Organisation zur Förderung von Neuer Musik in Sarajevo. Sonemus wurde 2001 von Boris Previsic gegründet. Der Schweizer Flötist vom Ensemble «pre-art» engagiert sich seit Jahren für die zeitgenössischen E-Musik-Szenen in Ost- und Südosteuropa und versucht überregionale Netzwerke und Strukturen aufzubauen. Ähnliches versuchen «Cross Radio», die Online-Plattform «Mama»



Tjaden / huf
Martin Bichsel



oder das Medien-Netzwerk «Explicit Music», eine Kooperation zwischen der Biennale Zagreb und Musikwissenschaftlern aus Belgrad.

Die Generation der heute Zwanzigjährigen hört HipHop, will ihren eigenen Weg finden und sich nicht von der «alten» Underground-Generation belehren lassen. In Belgrad provozieren junge Rapgruppen wie Skabo, Ajs Nigrutin und Bitcharke Na Travi gerne mehr oder weniger direkt. Auf Serbisch – im Gegensatz zu den auf Englisch singenden Rockgruppen lautet ihr Motto «Fuck English» – parodieren sie die Mafia- und Porno-Ästhetik des Turbo-Folks.

«Unsere verbalen Attacken zielen auf die gesponserten Chicks, die sich alten Neureichen verkaufen», sagt die 21jährige Una vom Rapperinnen-Duo Bitcharke Na Travi. «Wir hinterfragen die patriarchalischen Geschlechterrollen, die in Belgrad ständig reproduziert werden.» Andreja Milkic vom Rap-Label «Bassivity Music» betont, dass sich die HipHop-Szene im nahen und fernen Ausland durchsetzen will und dafür auch Kompromisse eingehe: «Wir setzen auf überre-

gionale Kontakte und sind uns nicht zu schade, unsere Konzerte auch mal von McDonalds sponsern zu lassen.» MC Shorty, V.I.P und Marcello, drei der hauseigenen Shootingstars, stimmen ihrem Labelmanager bei: «Nationalismus interessiert hier niemanden. Wir wollen Teil dieser Welt sein. Wir wollen ohne Visum frei reisen können.»

Interkulturelle Weltmusik: Roma-Kapellen und Balkan-Beats

Musikveranstalter im Westen buchen derweil lieber Roma-Ensembles. Auch weil die Rockmusiker aus Südosteuropa – die Kultgruppe Laibach ist hier eine Ausnahme – selten von internationalen Agenturen angeboten und so kaum kostendeckend ohne grosse Transportkosten eingekauft werden können. Der experimentellen Elektronikszene wiederum fehlt die «Geldspritze», mit deren Hilfe die Kulturförderer in reichen Ländern ihre eigenen Künstler jeweils an wichtigen Festivals platzieren. Kommt hinzu, dass der Westen gewisse Vorstellungen mit Südosteuropa verbindet. Mit ihren eleganten Mixes von Folk

mit einer Prise Punk werden diese Vorstellungen vor allem von Goran Bregovic, Emir Kusturica oder auch von Shantel mit seinem «Bucovina Club» perfekt bedient. Zum grellen, überkommerziellen Turbo Folk tanzen und feiern die Exil-Exjugoslawen in den Grossraumdiscos «Palma» in Kirchberg oder «Space 2000» in Winterthur derweil unter sich.

Es dringt also nur ganz wenig davon bis zu uns durch, was den Balkan so faszinierend macht. Dabei gäbe es eine vielfältige, überraschende Musikwelt zu entdecken. Die Nächte sind in Belgrad jedenfalls definitiv länger und stilistisch durchmischer als in Genf, Bern oder Zürich. ■

** Thomas Burkhalter ist Musikethnologe und freischaffender Kulturjournalist*

Links

Labels:

www.earwingrecords.com/
www.egoboobits.net/
www.gramofon.ba/

Radiostationen:

www.crossradio.org/
www.radiostudent.si/
www.b92.net/

Festivals:

www.biennale-zagreb.hr/
www.cityofwomen-a.si/
www.dis-patch.com/

Balkan-Kultur in der Schweiz:

www.estrada.ch
www.discopalma.ch
www.bucovina.de

Veranstaltungen mit Balkan-Musik:

www.gypsyfestival.ch/

Goldene Ära

(er) Im Nu war das Volume 1 der fünf vom deutschen Label Network geplanten «Golden Afrique»-Ausgaben auf Platz Eins der Worldmusic-Charts. Das liebevoll editierte Doppel-CD-Paket mit seinem informativen Booklet entführt in die goldene Ära der postkolonialen Aufbruchstimmung, die von 1971 bis 1983 in der so genannten Mande-Region Westafrikas herrschte. Auf 24 Aufnahmen verwob die Avantgarde der afrikanischen Popmusik wie Salif Keita, Youssou N'Dour, Miriam Makeba und viele andere legendäre Pioniere und Gruppen wie die Rail Band, das Orchestre Baobab oder Etoile de Dakar bodenständig-traditionelle und okzidentalisch-moderne Musikstile. Sie kreierte aufregend Neues und drückte damit Stolz wie Freude über die neugewonnene Freiheit aus. Das meisterhafte Resultat: Fröhlich lüpfgetriebene Perkussionsrhythmen und Beats, leichtfüßig-perlende Kora- und Balafonläufe, melodisch-flirrende Gitarrenriffs, satt-harmonische Bläsesätze, heisse Stimmen und mitreissende Solis. Various: «*Golden Afrique Vol. 1*» (Network/Musikvertrieb)

Neue Horizonte

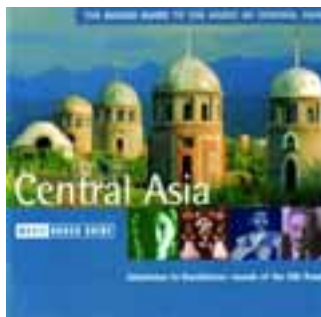
(er) Wellengleich wogt er sich in die Ohren, anschwellend und verebbend: der kristallklare Gesang der brasilianischen Sängerin Renata Rosa. Wenn sich ihre Stimme über das rhythmische und klangliche Geflecht der Bombo-Trommeln, der Triangeln, der Viola (Gitarre mit fünf Doppelsaiten) oder des Dorffrauen-Chors erhebt, erklingt ein Hohelied für die mystische Welt des Maracatú Rural, Côco und Cavalo Marinho, für die Musik-, Tanz-, Singspiel- und Strassentheatertradition des nordöstlichen Brasiliens. Und wenn die 32-jährige Sängerin noch zur



Fiedel Rabeca greift und damit fast archaisch-schwebende Klangspuren setzt, und wenn Frauenstimmen tremolierend jauchzen, dann gehört dies zum musikalischen Streifzug in eine Welt, wo die Rhythmen gestampft wurden und die Freiheit ein Privileg war. Diese Zeitreise führt ins fantastische Panoptikum der brasilianischen Musik mit all ihren afrikanischen, europäischen und indigenen Wurzeln: Renata Rosas Debüt-CD öffnet die Ohren den neuen musikalischen Horizonten im urbanen Alltag. Renata Rosa: «*Zunida da Mata*» (Outro Brasil/Disques Office)

Fesselndes Universum

(er) Vollklingende aber auch kreischende Töne von Saiten, seufzende Klänge von Spiessgeigen, ungehobelt-schwingende Läufe von Langhalslauten und Fiedeln, vibrierende Resonanzen einer Mundharfe respektive Maultrommel: Das sind Elemente der Musik in Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Kirgistan. Im Reich der Steppen und Wüsten, wo sich die Karawanenwege der Seidenstrasse kreuzen und wo Rhythmen mal sanft takteten, dann wieder galoppieren, vermählen



strahlend-eindringliche und spröde-warme Stimmen von Männern und Frauen eindringlich Wort und Klang. Fesselnde Hörblicke in dieses Musikuniversum vermitteln die 19 Tracks des Samplers «Central Asia». Da sind mal kargschlichte, dann wieder opulent orchestrierte Musikstücke, mal Folklore, dann wieder Crossover und Tadjik Rap zu hören. Dargeboten werden sie von exzellenten, hierzulande zumeist unbekannten Musikerinnen und Musikern. Various: «*The Rough Guide To The Music of Central Asia*» (World Music Network/Musikvertrieb)

Chiasso im Afrika-Fieber

(glu) Zum fünfzehnten Mal findet im Juni in Chiasso das Festival «Festate» statt. Für dieses kleine Jubiläum rückt der dreitägige Anlass im Tessin die Musik Westafrikas ins Zentrum des Programms: An einer «Notte Africana» werden bekannte Namen wie Boubakar Traore aus Mali oder Ba Cissoko, Kora-Spieler aus Guinea, die Klänge ihrer Länder präsentieren. Aus der Elfenbeinküste kommen die Africa Reggae Ambassadors, ein Projekt, das die prominentesten Reggae-Musiker dieses afrikanischen Landes vereint. An den zwei weiteren Festate-Abenden gibt der Osten der Welt den Ton an. Polnischer Folk der rasanten Sorte, türkische Musik im Zusammenspiel mit elektronischen Klängen und pakistanische Gesänge in ihrer modernen Form zeigen, wie reichhaltig die Musik aus Osteuropa und Asien ist. Die DEZA unterstützt den kleinen, aber feinen Anlass im Stadtzentrum von Chiasso, da er wertvolle Begegnungen mit fremden Kulturen ermöglicht – zum einen über die Musik, zum anderen über die festliche Stimmung auf dem Stadtplatz, der sich in einen farbigen Souk verwandeln wird.

Service

Festival Festate Chiasso:
16. Juni bis 18. Juni; Donnerstag
und Samstag ist der Eintritt gratis,
Freitag (Notte Africana) Fr. 10.-
Detaillierte Angaben zum
Programm: www.festate.ch

Neuer DEZA-Film

(dls) In ihrem neuen Film mit dem Titel «DEZA – der Zukunft verpflichtet», der seit diesem Frühjahr erhältlich ist, stellt die DEZA die verschiedenen Facetten ihrer Tätigkeit vor. Der Film zeigt die Arbeit, die die DEZA zusammen mit ihren Partnern in verschiedenen Entwicklungsregionen der Welt leistet. Sie bemüht sich, in Peru den Zugang zu Trinkwasser zu erleichtern, in Ruanda Frieden und Versöhnung zu stiften, in Bosnien-Herzegowina die politische und wirtschaftliche Umgestaltung zu fördern und in einem Naturkatastrophengebiet den Wiederaufbau zu unterstützen. Die vier Beispiele verdeutlichen, dass die Schweiz nicht nur aus Solidarität handelt, sondern auch in dem Bestreben, ihr Engagement allen zugute kommen zu lassen, insbesondere den kommenden Generationen. Der Film – realisiert von der Produktionsfirma YAK Film – wendet sich an ein breites Publikum in der Schweiz und im Ausland und kann in voller Länge oder einzelnen Kapiteln angeschaut werden. Die DVD ist in sechs Sprachfassungen erhältlich: Deutsch, Französisch, Italienisch, Englisch, Spanisch und Russisch. Die DVD «DEZA – der Zukunft verpflichtet» kann mit dem beiliegenden Bestellcoupon oder direkt beim DEZA-Verteilzentrum, Postfach, 3000 Bern 23; Fax 031 324 13 48; E-Mail info@deza.admin.ch bestellt werden. Preis: Fr. 20.- (inkl. Porto).

Hab und Gut

(dg) Der ehemalige Wachmann Vivaldo lebt mit der Wäscherin Vera in einem einfachen Viertel

von Salvador da Bahia im Nordosten Brasiliens. Seit er wegen seines Alters entlassen wurde, hilft Vivaldo seiner Frau, die Berge von Wäsche zu bügeln, die sie in grossen Paketen in die Häuser von wohlhabenden Familien bringt. Drei Generationen leben in dem kleinen Häuschen unter einem Dach. Nur weil alle Kinder zum Familienunterhalt beitragen, kommt die Familie einigermaßen über die Runden. Vivaldo liebt seine alte Stereoanlage und Vera ist begeistert von den Tele-Novelas, populären Soap Operas, die sie sich abends im Fernsehen ansieht. Sie träumt davon, wenigstens einmal in ihrem Leben nach Rio de Janeiro oder Sao Paulo zu reisen, die schönen Gegenden zu sehen, die sie nur aus dem Fernsehen kennt. «Hab und Gut in aller Welt: Salvador da Bahia, Brasilien» von Gerlinde Böhm, D/Brasilien 2003. Dokfilm, Deutsch, 26 Min., ab 12 J.; Verleih und Verkauf: Bildung und Entwicklung, Tel. 031 389 20 21, verkauf@bern.globaleducation.ch Kaufpreis: Fr. 40.- für Schulen und Lehrpersonen, Fr. 60.- für Medienstellen (inkl. Verleihrechte); Information und Beratung: Filme für eine Welt, Tel. 031 398 20 88, www.filmeineinewelt.ch

Nachdiplome

Das Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer (Nadel) der ETH Zürich bietet in nächster Zeit folgende Weiterbildungen an:
24.10.-28.10. OE II: Organisationsentwicklung in Projekten und Programmen der Entwicklungszusammenarbeit
31.10.-4.11. Einführung ins Finanzmanagement von Entwicklungsprojekten
21.11.-25.11. Assessing Impacts of Development Projects and Programmes
5.12.-9.12. Monitoring in der Projekt- und Programmsteuerung

der Entwicklungszusammenarbeit

16.1.-20.1.2006 Planung II: Planung auf den Stufen Projekt, Sektor- und Landesprogramm
23.1.1.-27.1.2006 Resultate und Prozesse von Projekten und Programmen evaluieren
Anmeldeschluss: 1 Monat vor Beginn des betreffenden Kurses.
Ankunft und Anmeldeunterlagen: Nadel-Sekretariat, ETH Zentrum VOB B 12, 8092 Zürich, Tel. 01 632 42 40; www.Nadel.ethz.ch

Leben und Tod in Benin

(bf) Es ist ein anderes, spezielles Kapitel der fremdkulturellen Begegnungen zwischen Europa und Afrika, welche die afrikanischen Fotografien der Sammlung Alex von Gelder erzählen, die nun im Fotomuseum Winterthur gezeigt werden. Alle Fotografien, die in der Sammlung vereint sind, haben zwischen den 1960er und 1980er Jahren in Benin gearbeitet, darunter Edouard Méhomé, Moïse Agbodjelou oder Léon Ayékoni. Sie waren Wanderfotografen, portraitierten Kinder, die Erste Kommunion, die Hochzeit, das eine zentrale Porträt, die Rituale am Totenbett, die Menschen vor ihrem Haus. Sie waren Studiofotografen in den Städten, wo sie die Menschen vor ihren selbstgemalten Hintergründen, vor Flugzeugen und Wohnungseinrichtungen fotografierten. Diese



Edouard Méhomé



Bourama Akodji

intensiven Porträts inmitten ihrer künstlichen Wunschwelt zeigen in der von der DEZA unterstützten Ausstellung auf einzigartige Weise die verschiedenen Menschen und Stämme in Benin im Wandel zur postkolonialen Zeit.

«Porträts vom Leben und Tod in Benin» vom 4. Juni bis 21. August im Fotomuseum Winterthur

Agrobusiness unter der Lupe

(bf) Wider die Oberflächlichkeit, intelligente Reflektion, undogmatische Gegenrede: die Schweizer Halbjahreszeitschrift erfreut mit diesem Konzept seit 20 Jahren ein intellektuell anspruchsvolles Publikum. Die neuste Nummer unter dem Titel «Agrobusiness – Hunger und Recht auf Nahrung» spannt den Bogen einmal mehr rund um die Welt mit Beiträgen renommierter Autorinnen und Autoren. Unter vielen anderen schreiben beispielsweise Renate Schüssler über die anhaltende Diskriminierung von Frauen in Lateinamerika und die Feminisierung der Armut im Zuge der Agrarreformen, Quin Hui über die chinesische Bauernschaft und ihren Weg in die Moderne, Christa Wicherich nimmt das Livelihood-Konzept unter die Lupe oder Samir Amin schreibt über die weltweite Kleinbauernbewegung 'Via Campesina' und wie diese verstärkt für die Ernährungssouveränität der Entwicklungsländer kämpft. «Widerspruch 47: Agrobusiness – Hunger und Recht auf Nahrung»,

im Buchhandel oder bei Widerspruch,
Postfach, Zürich; Tel/Fax
044 273 03 02; www.widerspruch.ch

Die Welt der NRO

(jls) Die Nichtregierungsorganisationen (NRO) erfüllen in der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe der Schweiz eine wichtige Rolle, die sich längst nicht auf den Einsatz vor Ort beschränkt: Sie nehmen auch an alternativen Gipfeln und grossen internationalen Konferenzen teil, sie sensibilisieren die Öffentlichkeit für die Nord-Süd-Problematik, sie kritisieren die mangelnde Kohärenz der schweizerischen Politik gegenüber den Entwicklungsländern. In einem 150-seitigen Werk stellt das Genfer Hochschulinstitut für Entwicklungsstudien (IUED) die Welt der NRO vor und analysiert sie. Die Ende 2004 erschienene Untersuchung bildet den zweiten Teil des Schweizerischen Jahrbuchs für Entwicklungspolitik. Im Einzelnen geht es ein auf die Finanzierung der NRO, ihre Legitimation, die geographische Verteilung ihrer Hilfe, die NRO-Politik der DEZA, die Qualitätssicherung, die in Genf ansässigen internationalen NRO und die kantonalen Entwicklungsverbände.

«Die Entwicklungs-NRO: Rolle und Perspektiven». Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik, Bd. 23, Nr. 2. Erhältlich im Buchhandel oder beim Institut universitaire d'études du développement: publications@iued.unige.ch, Tel. 022 906 59 50, Fax 022 906 59 53.

Schonungslos

(bf) Die Senegalesin Fatou Diome lebt seit elf Jahren in Strassburg und hat mit ihren 38 Jahren bereits ein Leben hinter sich, das jeder Tellerwäscher-Karriere spottet. Unehelich gezeugt, wurde sie bereits als Kind von ihren Eltern verstossen. Später schmuggelte sie sich unerlaubt immer wieder in ein Schulzimmer. Als junge Frau heiratete sie einen Franzosen, den sie in Dakar kennen lernte, mit dem sie nach Strassburg reiste, dessen Eltern jedoch keine Schwarze in der Familie wollten, weshalb die Ehe bald wieder geschieden wurde. Um ihr Studium zu finanzieren, arbeitete sie fortan als Putzfrau. Als vor zwei Jahren ihr Buch «Le Ventre de l'Atlantique» in Frankreich erschien und dort mittlerweile 200 000 Mal verkauft wurde, änderte sich alles. Darin erzählt sie die Geschichte Salies, die ihre eigene ist. Mit ihrer gleichzeitig kecken, liebevollen und ironischen Sprache bettet sie sie ein in das Spannungsfeld Afrika-Europa und guckt dabei, hüben wie drüben, schonungslos hinter die gesellschaftlichen Fassaden. Herausgekommen ist eine Liebeserklärung an ihre Heimat – ungehemmt, kritisch und mu-



tig. Mittlerweile ist das Buch in sieben Sprachen übersetzt, Fatou Diome eine erfolgreiche Schriftstellerin und gleichzeitig Dozentin an der Uni Strassburg. «Im Bauch des Ozeans» von Fatou Diome, Diogenes, Zürich 2004

Bild der Menschenrechte

(bf) Die Herausgeber des visuellen Lesebuchs «Das Bild der Menschenrechte» haben sich wahrlich eine anspruchsvolle Aufgabe gestellt. Der Berner Staatsrechtsprofessor Walter Kälin, die Juristin Judith Wyttenbach und der Verleger Lars Müller starten in ihrem über 700 Seiten starken und rund zwei Kilo schweren Band nichts weniger als den Versuch, verschiedenste «Dimensionen der Menschenrechte in Wort und Bild vor Augen zu führen». Der Versuch ist bei weitem gelungen! Die Texte so bekannter Autorinnen und Autoren wie Susan Sonntag, Ryszard Kapuscinski, Wole Soyinka oder Alexander Kluge präsentieren die grundlegenden Dimensionen der Menschenrechte, sind vielfältig, spannend und eindringlich. Die rund 700 Fotografien – darunter von renommierten Magnum-Fotografen wie Martin Parr oder Susan Meiselas – zeigen die herrschenden Zustände ungeschminkt und gehen in ihrer Radikalität oft bis an die Grenze des erträglichen. Herausgekommen ist ein enzyklopädisches Werk, welches seinesgleichen sucht und mit seinem unkonventionellen Konzept eine faszinierende und schonungslose Aus-

nahmeerscheinung in Sachen Menschenrechte ist.

«Das Bild der Menschenrechte» von Walter Kälin, Judith Wyttenbach und Lars Müller; Verlag Lars Müller Publishers, Baden, 2004



Eine Ethik der Würde für Afrika

(jls) Es ist an der Zeit, dass die Afrikaner sich auf ihre traditionellen Werte besinnen und Institutionen schaffen, die diesen Werten entsprechen, schreibt Edgard Gnansounou, Gründer und Vorsitzender der in Lausanne ansässigen Vereinigung *Imaginer et Construire l'Afrique de Demain* (ICAD). In seinem Buch «L'Afrique face à la mondialisation» skizziert der Ingenieur aus Benin eine Ethik der Würde, welche die Entfaltung des Menschen in einer Gesellschaft fördern soll, die noch weitgehend von Ungleichheit geprägt ist. Er ruft die Menschen in Afrika auf, neue demokratische Modelle zu entwickeln und eine Gesellschaft aufzubauen, deren Grundlage Würde, Selbstbestimmung und Gewaltlosigkeit sind. «L'Afrique face à la mondialisation» von Edgard Gnansounou; Éd. Le Publieur, Paris, 2005. www.lepublieur.com

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Harry Sivec (verantwortlich)
Catherine Vufray (vuc - Gesamtkoordination)
Barbara Affolter (abb) Joachim Ahrens (ahj)

Thomas Jenatsch (itm) Antonella Simonetti (sia)
Jean-Philippe Jutzi (juj) Beat Felber (bf)

Redaktion

Beat Felber (bf - Produktion)
Gabriela Neuhaus (gn) Maria Roselli (mr)
Jane-Lise Schneeberger (jls)
Ernst Rieben (er)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie Mermod SA, Lausanne

Druck Vogt-Schild / Habegger AG, Solothurn

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Abonnemente

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: DEZA, Medien und Kommunikation, 3003 Bern
Tel. 031 322 44 12 Fax 031 324 13 48
E-Mail: info@deza.admin.ch
Internet: www.deza.admin.ch

109846

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage 54 000

Umschlag Aserbaidschan

Foto: Caroline Penn / Panos / Strates

ISSN 1661-1667

In der nächsten Nummer:

Mikrofinanzen: Der Zugang zu Finanzdienstleistungen bringt nachweislich gute Resultat in der Armutsbekämpfung, wenn arme Haushalte und Kleinunternehmen auf nachhaltiger Basis in den Finanzsektor integriert werden

